

IMPULSE

AUSGABE 2
2020/2021

HERAUSFORDERUNGEN
HINDERNISSE

FÜR EINE STARKE SCHWEIZ UND EIN STARKES EUROPA

An den Gesamtbundesrat

Impulsgeberinnen und Impuls-
geber 2020 in Zusammenarbeit
mit dem Europa Forum Luzern

 **EUROPA FORUM**
LUCERNE

25 IMPULSGEBERINNEN UND IMPULSGEBER

Wir würdigen einmal jährlich Menschen, die mit ihren Leistungen, Visionen, Ideen, ihren Qualitäten oder ihrem Format für anregenden Gesprächsstoff sorgen. Jene, die wertvolle Spuren hinterlassen, einen Beitrag zum Aufbruch leisten und letztlich auf ihre eigene Art mutig und prägend sind. Das sind unsere Impulsgeberinnen und Impulsgeber 2020 in den Kategorien Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Generation Zukunft.



Thomas Jordan



Marcel Salathé



Ida Glanzmann-Hunkeler



Peter Maurer



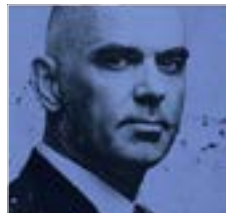
Virginie Faivre



Monique Morrow



Adriano Aguzzi



Alain Berset



Fanny Chollet



Stefan Mettler



Christian Mumenthaler



Sonia Seneviratne



Thomas Süssli



Daniel Koch



Lisa Schneider



Riet Cadonau



Sarah Springman



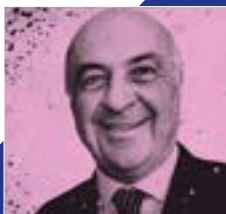
Ursula von der Leyen



Jens Stoltenberg



Andri Silberschmidt



Philippe Amon



François Heisbourg



Jérôme Cosandey



Cigdem Akyol



Delara Burkhardt

INHALT

SEITE	THEMA	INHALT
4 – 5	Autorinnen und Autoren	Mit ihren Leistungen und Visionen sorgen unsere Autorinnen und Autoren für Impulse und anregenden Gesprächsstoff.
6 – 17	Leitartikel	Europa und somit auch die Schweiz befinden sich mitten in einem fundamentalen Umbruch. Es gilt, zu handeln.
18 – 21	Top-10-Impulsthesen	Die Top-10-Impulsthesen im Überblick. Mit ihnen äussern sich die Impulsgeberinnen und Impulsgeber aus ihrer Perspektive und machen Anregungen zur künftigen Entwicklung der Schweiz und Europa.
22 – 27	A. Wirtschaft	Die Impulsthesen der Kategorie Wirtschaft im Überblick.
28 – 31	B. Wissenschaft	Die Impulsthesen der Kategorie Wissenschaft im Überblick.
32 – 37	C. Politik	Die Impulsthesen der Kategorie Politik im Überblick.
38 – 41	D. Gesellschaft	Die Impulsthesen der Kategorie Gesellschaft im Überblick.
42 – 44	E. Generation Zukunft	Die Impulsthesen der Kategorie Generation Zukunft im Überblick.
45	Impressum	Das Europa Forum Luzern freut sich über Ihre Kontaktaufnahme.
46 – 47	Partner	Das Europa Forum Luzern bedankt sich bei seinen Sponsoren.

IMPULSGEBERINNEN UND IMPULSGEBER

A. WIRTSCHAFT (SEITE 22-27)

Philippe Amon, CEO und VR-Präsident SICPA SA
Riet Cadonau, VR-Präsident dormakaba Group*
Thomas J. Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB)
Monique J. Morrow, ex Chief Technology Officer Cisco*
Dr. Christian Mumenthaler, Group CEO Swiss Re Management*

B. WISSENSCHAFT (SEITE 28-31)

Prof. Dr. Adriano Aguzzi, Leiter Institut für Neuropathologie Universitätsspital Zürich
Prof. Dr. François Heisbourg, Ex-Direktor International Institute for Strategic Studies (IISS)
Prof. Dr. Marcel Salathé, Leiter Laboratory of Digital Epidemiology EPFL*
Prof. Dr. Sonia Isabelle Seneviratne, Professor for Land-Climate Dynamics ETH Zürich*
Prof. Dr. Sarah M. Springman, Rektorin ETH Zürich*

C. POLITIK (SEITE 32-37)

Alain Berset, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI)
Dr. Jérôme Cosandey, Directeur romand und Forschungsleiter Finanzierbare Sozialpolitik Avenir Suisse*
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin Die Mitte, Kt. Luzern*
Thomas Süssli, Chef der Schweizer Armee*
Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission

D. GESELLSCHAFT (SEITE 38-41)

Cigdem Akyol, Völkerrechtlerin, Journalistin und Autorin*
Fanny Chollet, Testpilotin Bundesamt für Rüstung armasuisse*
Daniel Koch, ehem. Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten des BAG*
Peter Maurer, Präsident IKRK*
Jens Stoltenberg, Generalsekretär NATO

E. GENERATION ZUKUNFT (SEITE 42-44)

Delara Burkhardt, Mitglied des EU-Parlaments
Virginie Faivre, Präsidentin Jugendwinterspiele 2020
Stefan Mettler, CEO CRYPTRON Security*
Lisa Pecorelli (-Schneider), Gymnasiastin und Autorin*
Andri Silberschmidt, Nationalrat FDP, Kt. Zürich; Vorstandsmitglied FDP Schweiz*

MITGLIEDER EUROPA FORUM LUZERN

STEERING COMMITTEE

Doris Leuthard, Co-Präsidentin,
a. Bundesrätin/Bundespräsidentin*

Sigmar Gabriel, Co-Präsident,
Bundesminister a. D., Vizekanzler a. D.

Anne Berner, ehem. Ministerin, Finnland

Heinz M. Buhofer, Verwaltungsrat Metall Zug AG

Prof. Dr. Astrid Epiney, Rektorin Universität Fribourg

Luc Frieden, Rechtsanwalt, ehem. Finanzminister,
Luxembourg

André Helfenstein, CEO Credit Suisse (Schweiz) AG

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Philipp Narval, Partizipationsexperte und Kolumnist

Karin Perraudin, VR-Präsidentin Groupe Mutuel

Doris Russi Schurter, VR-Präsidentin Helvetia,
Verwaltungsrätin Swiss

Carsten Spohr, Vorstandsvorsitzender und
CEO Deutsche Lufthansa

Peter Spuhler, VR-Präsident und Group CEO
a. i. Stadler Rail AG

Dr. Guntram B. Wolff, Direktor Wirtschaftsforschungs-
institut Bruegel, Brüssel

EXECUTIVE COMMITTEE

Marcel Stalder, Präsident,
Group CEO Chain IQ*

Dr. Philipp Gmür, Vizepräsident,
Group CEO Helvetia Versicherungen

Morten Hannesbo, Quästor,
Gründer Dignitinis, Verwaltungsrat Scott Sports SA

Elvira Bieri, MD Switzerland SGS

Julie Cantalou, Präsidentin glp Lab*

Andreas Gerber, Head Corporate Banking Credit Suisse
(Schweiz) AG

Hans Hess, ehem. Präsident Swissmem

Daniel Keist, CFO Metall Zug AG

Michael Moersch, Leiter Wirtschaftsmedien Ringier
Axel Springer Schweiz AG

Damian Müller, Ständerat Kanton Luzern

Fabian Peter, Regierungsrat Kanton Luzern

Cécile Rivière, Vorstandsmitglied foraus*

Jean-Philippe Rochat, Partner Kellerhals-Carrard

Stefan Rösch-Rütsche, Country Managing Partner
Switzerland EY

Helmut Ruhl, Group CEO AMAG Group AG

Prof. Dr. Bruno Staffelbach, Rektor Universität Luzern

Fritz Studer, ehem. CEO und VR-Präsident LUKB

Prof. Dr. Sophie Weerts, Professorin Universität
Lausanne

Beat Züsli, Stadtpräsident Luzern

CONTENT SOUNDING BOARD

Dr. Philipp Gmür, Vorsitz,
Group CEO Helvetia Versicherungen

Stefan Barmettler, Chefredaktor Handelszeitung

Lukas Gresch-Brunner, Generalsekretär EDI

Rolf Hunkeler, Delegierter Verwaltungsrat Ia Fenster

Prof. Dr. Christoph Lengwiler, ehem. Leiter IFZ
Hochschule Luzern, Verwaltungsrat BEKB

Dr. Remo Lütolf, VR-Präsident RUAG International

Christine Maier, Kommunikationsberaterin

* Beitrag zum Impulspapier

Jury 2020: Mitglieder des Executive Committee Europa Forum Luzern

LEITARTIKEL

SICHERHEIT IN ZEITEN DER UNSICHERHEIT – ZERFALL ODER METAMORPHOSE?

Europa und somit auch die Schweiz befinden sich in einem fundamentalen Umbruch. Die Digitalisierung, wie jede vorhergegangene industrielle Revolution, löst gerade eine tiefgreifende und dauerhafte Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, der Arbeitsbedingungen und der Lebensumstände aus – hin zu einer neuen Realität. Die Finanzkrise hat das Vertrauen in die Wirtschaft und den Kapitalismus nachhaltig beeinträchtigt. Zusätzlich sorgen die derzeitige Gesundheitskrise sowie der Klimawandel für Verunsicherung, aber auch Unmut.

Dieser Nährboden der Unsicherheit trifft auf ein neues Informationszeitalter. Zunehmend verlagern sich die Kommunikation, Information und Wissensvermittlung auf unregulierte Internetportale und soziale Medien. Dem Qualitätsjournalismus geht zunehmend das Geld aus – faktenbasierte Information zur politischen Willensbildung erreicht immer weniger Bürger. Gute Information ist jedoch ein Grundpfeiler einer funktionierenden demokratischen Ordnung. Das Resultat ist eine wachsende Anzahl von Menschen, welche Verschwörungstheorien nachhängen, moralischer Absolutismus, Vorverurteilungen und mediale Hetze gegen Andersdenkende sowie Abstimmungsresultate, die sich an Ideologien und nicht mehr an realpolitischen Auswirkungen orientieren.

Es stellen sich grundlegende Fragen: Sind Demokratie und Liberalismus am Ende? Wie gestalten wir das künftige Gesellschaftsmodell? Wie verbinden wir Nachhaltigkeit und Marktwirtschaft? Wie stärken wir unsere Resilienz in Bezug auf gesundheitliche, wirtschaftliche und digitale Risiken angesichts der Pandemie-, Cyber- und klimabedingten Gefährdungslage? Wie beeinflussen wir die künftige Verteilung von Vermögen und sichern Arbeitsplätze? Was ist die Zukunft

der Führung und der Autoritäten im Zeitgeist von Schwarmintelligenz, «Unboss»-Kultur und Antiautorität? Was ist die Zukunft der Solidarität? Wie gestalten wir den Ordnungsrahmen der sozialen Medien? Was ist die Rolle von Europa und der Schweiz bei der Bewältigung dieser Herausforderungen in einer bipolaren Welt?

Reformen sind nötig, um auf die neue Realität zu reagieren. Der Erhalt sinnstiftender Arbeitsplätze mit Belohnung von Arbeitsleistung, Absicherung eines gesunden Mittelstands, die Stärkung des inneren Zusammenhalts und der Institutionen sowie eine Rückbesinnung auf Liberalismus, auf Wettbewerbs- und Exportfähigkeit mit freien internationalen Marktzugängen sowie internationale Kooperationen sind zentrale Pfeiler unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zusätzlich gilt es, den in der analogen Welt geltenden Rechtsrahmen ins Internet zu übertragen und die Finanzierung eines unabhängigen Qualitätsjournalismus zu unterstützen, um unsere demokratische Ordnung zu sichern.

Für Europa ist schliesslich eine klare Positionierung und Identität entscheidend – als Vorreiter einer neuen globalen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik, gestützt durch eine gesamt-europäische Finanz- und Sicherheitspolitik als Basis der künftigen Prosperität Europas und als Gegenpol zur bipolaren Konfrontation zwischen den USA und China.

Jeder Wandel bringt ungeahnte Chancen, neue Berufsbilder und Wachstumsimpulse – diese gilt es in der derzeitigen Transformation zu realisieren.

Zunehmende gesellschaftliche Verunsicherung – dringend notwendige sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitische Anpassungen

Bedrohung der Arbeit und Beschleunigung der Abläufe – Existenzängste und Überforderung –

Die Wucht des technologischen Wandels und der Globalisierung mit grossen Auswirkungen auf Arbeitsinhalte, Arbeitsverteilung, Arbeitsanforderung und Beschleunigung der Abläufe überfordert grosse Teile der Bevölkerung und verbreitet Ängste.

Arbeit als Form einer sinnvollen menschlichen Tätigkeit droht in den Augen vieler zum knappen Gut zu werden. Die Globalisierung sowie Roboter und Automatisierungen führen zum Abbau von Arbeitsplätzen. Gibt es künftig genügend Beschäftigung, und sind wir auf die neuen Anforderungen ausreichend vorbereitet? Wenn in der EU die Löhne halb so hoch sind wie bei uns in der Schweiz, wie können wir da konkurrenzfähig bleiben? Daneben schaffen die Langzeitfolgen von Covid-19 sowie Flüchtlings- und Migrationsströme den Eindruck, zusätzliche Arbeitslosigkeit zu verursachen. Terrorakte wie 2020 in Wien und Frankreich verstärken das Gefühl der Hilflosigkeit und Bedrohung. Diese sind sehr ernst zu nehmen, es geht um Verlustängste und Identität der Menschen.

Zerfall des Vertrauens in Kapitalismus und soziale Marktwirtschaft – Die Finanzkrise von 2007 hallt nach. Sie hat das Vertrauen in den Kapitalismus und die Wirtschaft ganz allgemein erschüttert. Die Auszahlung hoher Saläre und Boni trotz schlechten Unternehmensergebnissen geht zudem weiter.

Es herrscht zwar weniger Armut auf der Welt als vor 20 Jahren, und über die letzten Jahrzehnte ist der Wohlstand weltweit signifikant gestiegen. Aber nicht alle Bevölkerungsschichten profitieren gleichermassen von der Globalisierung, und sie werden mit unterschiedlicher Härte von Krisen wie Covid-19 getroffen. Dieser Unterschied in der Verteilung von Vermögen und Einkommen sowie die Belastung künftiger Generationen durch die wachsende Schuldenlast in vielen Staaten führen zu Unzufriedenheit.

Leistungsgerechtigkeit steht nicht mehr für: «Wenn du fleissig arbeitest, kannst du Wohlstand erreichen». Sobald die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aber glaubt, zu den Systemverlierern zu gehören, ist der Liberalismus akut gefährdet durch den Ruf nach Sozialismus. Unruhen sind vorprogrammiert, vor allem in Staaten ohne oder mit ungenügender sozialer Absicherung.

Dringend nötige Stärkung der inneren Einheit –

Es gilt zu verhindern, dass ein Grossteil der Bürger die Wirtschaftsordnung als elitär, technokratisch und ungerecht empfindet. Europa muss international zukunfts- und wettbewerbsfähig bleiben, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Im Vordergrund steht hierbei die Investition in eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft und in die digitale Infrastruktur. Andererseits ist für eine gesunde Besteuerung von Vermögen zu sorgen und eine Entfremdung von Kapital- und Arbeitseinkommen mit zunehmendem Druck auf den Mittelstand zu bekämpfen – dies würde die europäische Urkultur der *Égalité* und *Fraternité* erschüttern. Gelingt dies nicht, sind wir mit Desillusionierung, Neidkultur und Zorn (*Angry Society*) konfrontiert, einer Wut auf vermeintlich Verantwortliche und Bessergestellte.

Neben der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gilt es, die Fiskalpolitik auf die neue Realität auszurichten und die Besteuerung von Technologie (Daten), Währungsgewinnen und anderen nicht arbeitsleistungsbasierten Wertschöpfungen zu überprüfen.

Die um sich greifende Erwartungshaltung, wonach ein Wohltäterstaat unternehmerische Risiken übernimmt und Schulden hemmungslos zur Besitzstandswahrung einsetzt, ist geradezu antikapitalistisch und systemschädigend. Die Staatsverschuldung der Schweiz ist zwar vergleichsweise gering und beläuft sich derzeit auf ca. 48% des BIP.¹ Die Staatsquote ist hingegen stark gestiegen auf rund 38,1%.² In Europa zeichnet sich der Weg in eine Staatswirtschaft ab. Damit fehlen die Mittel für Investitionen in die Zukunft und die Wettbewerbsfähigkeit. Für ein Land ohne Rohstoffe und mit starker Exportabhängigkeit ist dies fatal.

In den letzten Jahren konnte man zudem einen Verlust an Autoritäten beobachten. Während früher Kirche, Bildungsinstitutionen, Armee und betriebliche Hierarchien für Struktur und Orientierung sorgten, wachsen heute Selbstbestimmung, «Unboss»-Kulturen und Antiautorität. Mit der Digitalisierung und der damit einhergehenden Veränderung des Informationsangebots und -verhaltens werden die Menschen mit personalisierten Informationen und Dienstleistungen bedient. Die Folge davon ist, dass eine zunehmende Anzahl von Menschen in ihrer eigens kreierten Bubble lebt. All diese Entwicklungen gefährden den inneren und sozialen Zusammen-

halt, den sozialen Frieden und schliesslich die Wirtschaftskraft.

Um Vertrauen in die Institutionen zurückzugewinnen, müssen sich Verantwortungsträger vermehrt in den Dienst der Gesellschaft stellen, soziale Verantwortung übernehmen und Chancenungleichheiten bekämpfen.

Demokratie, Liberalismus und Meinungsfreiheit in Gefahr – dringend nötige Medienreform sowie Anpassung des Ordnungsrahmens

Digitalisierung verändert unsere Kommunikation, den Informationsaustausch und die Wissensvermittlung – Die Menschheit durchlief verschiedene Phasen von Kommunikation, Informationsaustausch und Wissensvermittlung. Jede Phase hat eine grundlegende Umwälzung angestossen:

Sprachentwicklung – Übergang vom Primaten zum modernen Menschen – individueller Austausch.

Entwicklung Buchdruck – Übergang Mittelalter zur Neuzeit – ein Urheber sendet eine Botschaft an viele Empfänger.

Digitalisierung – Entwicklung Internet und soziale Medien – alle kommunizieren mit allen, und alle kriegen es mit.

Wissenschaftlich, technologisch und wirtschaftlich machen wir global Fortschritte in einer Geschwindigkeit, die wir uns vor wenigen Jahrzehnten nicht haben vorstellen können.

¹ ETH Zürich, Konjunkturforschungsstelle, Was bedeutet die höhere Staatsverschuldung für die Schweiz?, 8.1.2021

² Schweizerische Eidgenossenschaft, Kurzbericht zur Finanzstatistik, 9.3.2021

Gesellschaftlich droht jedoch ein gefährlicher Rückschritt – einerseits aufgrund der erwähnten zunehmenden Unsicherheit, andererseits getrieben durch den Einfluss der Digitalisierung auf Kommunikation, Information und Wissensvermittlung in einem derzeit unregulierten globalen Internet.

Da die Macht in unserer Demokratie vom Volk ausgeübt wird, sind Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und faktenbasierte Information essenzielle Grundpfeiler der politischen Willensbildung.

Weitere wichtige Pfeiler moderner Demokratien sind Gewaltentrennung, unabhängige Gerichte sowie der Schutz von Grund- und Menschenrechten. Schliesslich ist eine liberale Wertebasis, also die Freiheit des Individuums und Minderheitenschutz, unantastbar und steht im Gegensatz zum Diktat der Mehrheit, der Propaganda und dem Kollektivismus, wie wir sie in Volksrepubliken finden.

Durch die Aufklärung haben wir uns in Europa vom Mittelalter in die Neuzeit entwickelt. Aberglaube, Mythen und Vorurteile wurden zunehmend durch wissenschaftliche Erkenntnisse verdrängt. Auch die heutigen Menschenrechte und die Grundprinzipien des Rechtsstaates wurden im 18. Jahrhundert postuliert – insbesondere die Meinungsfreiheit und Unschuldsvermutung, die ein Ende bereiteten für Prangeraktionen, öffentliche Schandprozesse, Hexenverbrennungen oder das Verfolgen unschuldiger Menschen –, oft in der manipulativen Absicht, Konkurrenten auszuschalten: Liberalismus und Demokratie ersetzten Kollektivismus und Feudalismus.

Die neusten Entwicklungen in einigen Staaten, auch in der Schweiz, sollten uns nachdenklich und achtsam machen:

Neuer moralischer Absolutismus und Cancel Culture

– Im digitalen Raum scheint sich eine neue Form des Kollektivismus zu bilden – das Gutmenschentum: eine Bewegung, die gute Gesinnung und Moral definiert und die Welt in Gut und Böse einteilt, ohne zu differenzieren. Das Resultat: ein Hypermoralismus und eigentliche Übertribunalisierung, Hetze gegen die anderen – gewisse Gedankenströme werden nicht mehr zugelassen, andersdenkende Menschen und ihre Karrieren öffentlich vernichtet – ein neuer Totalitarismus entsteht. Wir kritisieren gewisse Länder für Zensur und staatliche Einschränkung der Meinungsfreiheit und Verfolgung, während wir in den westlichen Demokratien den Korridor gesellschaftlich akzeptierter Aussagen und Handlungen immer enger werden lassen und so die Meinungsfreiheit einschränken.

Dieser Kollektivismus zeigt sein Gesicht, wenn jemand die Covid-19-Pandemie mit einer Grippe vergleicht, Pelz trägt oder für «böse» Unternehmen wie Rohstoffhandelskonzerne oder Erdölkonzerne arbeitet, Fleisch isst oder einen SUV fährt – vieles wird nicht mehr toleriert und mit Ächtung geahndet, einem sogenannten Gerichtshof der öffentlichen Meinung ohne Anhörung. Wirtschaftsführer, Politiker, ja sogar Kinder, geschützt durch die Anonymität im Internet, werden hemmungslos ehrverletzt, vorverurteilt, bedroht, gedemütigt – wer einem nicht passt, muss verschwinden. Ursprünglich wichtige Bewegungen zum Schutz von Schwächeren wie Antirassismus oder «Me too» werden heute zunehmend gezielt als Waffe eingesetzt zur Vernichtung von Konkurrenten, Andersdenkenden oder vermeintlich bessergestellten Eliten.

Zunahme der Anzahl Verschwörungstheoretiker – Ambiguitätsintoleranz – Ein weiteres Phänomen in der schönen neuen digitalen Welt erscheint in einer modernen Form des

Aberglaubens: der zunehmende Glaube an Verschwörungstheorien.

Der Mensch kann schlecht mit Volatilität, Unsicherheit, Komplexität, Ambivalenz und Widersprüchen umgehen; Ambiguitätsintoleranz wird das im Fachjargon genannt. Verschwörungstheorien geben einfache Erklärungen, nennen Schuldige und Gegner, zeigen Kausalitäten auf und geben vor, zu helfen, die Welt einzuordnen, zu verstehen und daraus Sicherheit abzuleiten. Verschwörungstheorien sind die neue Form des Aberglaubens, entgegen Vernunft und Wissenschaft. Dieser Aberglaube wirkt oft als Kitt, bringt Menschen zusammen, gibt Halt, Orientierung und Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die sich in gemeinsamen Feindbildern vereint.

Versagen der ausgewogenen Informationsfunktion der Medien – neue digitale Propaganda – Werbegelder gehen dorthin, wo die Menschen hinschauen. Dies sind immer mehr Plattformen von sozialen Medien, Suchmaschinen wie Facebook, Google und Baidu sowie digitale Marktplätze wie Amazon, Alibaba und Tradeshift. Aufgrund der daraus resultierenden wirtschaftlichen Verluste in den traditionellen Medien fehlen die Zeit und das Geld für unabhängigen Qualitätsjournalismus. Zunehmend verlagern sich die Kommunikation, Information und Wissensvermittlung auf unregulierte Internetportale, die einen nicht recherchierten Wust von Fakten und Fake ins Netz setzen und zum Spielball von Rechtspopulisten, linken Antikapitalisten, Intriganten und aktivistischen Campaignern werden – zum Schaden von Menschen, Unternehmen und Gesellschaft. In dieser Skandalisierungskultur dringen Fakten nicht mehr zu den Menschen durch, und tatsäch-

liche wichtige Missstände wie die Abnahme der Biodiversität, grobe Menschenrechtsverletzungen und humanitäre Katastrophen gehen unter in Themen wie «Impfdrängler», Neidberichterstattung über pseudo-skandalöse Ferienreisen von Politikern etc. Sind dies Anzeichen einer moralisch zerfallenden Wohlstandsgesellschaft, für die wir uns schämen sollten?

In Zeiten des Wandels und der Unsicherheit sind deshalb der öffentliche Dialog, Aufklärungsarbeit und das Aufrechterhalten seriöser Berichterstattung zentral. Nicht zuletzt auch zur Schaffung von Transparenz und Vertrauen zur Stützung der Demokratie.

Dringlichkeit einer Medienreform – Anpassung des Ordnungsrahmens an das neue digitale Informationszeitalter – In unserer bewährten Wirtschaftsordnung soll der Staat dort zum Tragen kommen, wo die freien Marktkräfte versagen.

Der Staat hat daher die Aufgabe, die faktenbasierte Informationsfunktion der Medien als vierte Macht und Pfeiler einer funktionierenden Demokratie und Gesellschaftsordnung wiederherzustellen.

Brad Smith, Präsident von Microsoft, sagte neulich³: «There is no value that is more fundamental and timeless than the commitment to democracy. There are few institutions more important to the health of democracy than a free press. And when technology undermines the health of the free press as it has – then we must pursue new solutions to restore the healthy journalism on which our democracy depends. We need the government to act.» Im Weiteren zitierte er die neue Rechtsentwicklung in Australien: «The proposed Journalism Competition and Preservation Act imposing additional obligations on online content distributors. For example, this should include transparency requirements and a duty to avoid

³ Smith, Brad, Technology and the Free Press: the need for Healthy Journalism in a Healthy Democracy, 12.3.2021

retaliation. It should also provide a level of oversight and monitoring by an agency.»

Dies ist mehr als ein Aufruf zum Handeln. Will Europa zum Gradmesser im Datenschutz werden, gehören auch eine Qualitätssicherung im Verbreiten von öffentlich zugänglichen Informationen und das Bekämpfen von Retaliation, also dem digitalen Pranger im Kampf gegen Andersdenkende und Konkurrenten, dazu.

Europa in zunehmender Identitäts- und Orientierungskrise

Positionierung von Europa als starken, geeinten Vorreiter einer globalen sozial-ökologischen Wirtschaftsordnung mit Bekenntnis zu europäischen Werten als Lösungsansatz – In der heutigen fragmentierten, zunehmend bipolaren Welt mit USA und China als den beiden Polen ist es für die künftige Bedeutung von Europa wichtig, geeint aufzutreten sowie sich eigenständig und stark zu positionieren.

Darauf ist Europa aber schlecht vorbereitet. Europa ist ein politisches Projekt, nach innen gerichtet für nachhaltigen Frieden in Europa. Europa ist nicht konstruiert, um nach aussen entscheidungsfreudig und geschlossen aufzutreten – entsprechend droht ein Bedeutungsverlust.

Zudem ist Europa gespalten: Während Länder wie Polen und Ungarn eher auf die USA als Verteidigungspartner bauen als auf Europa, öffnen sich viele, insbesondere osteuropäische Länder, gegenüber China als Infrastrukturpartner – Spannung ist vorprogrammiert.

Europa muss sich zu einer klaren Vision, Werten und einer Identität bekennen und sich reformieren

– Ein erster Akt ist gelungen: Europa hat zumindest wirtschaftlich mit der Einigung zum Aufbau eines europäischen Wiederaufbaufonds im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung der EU zur Bewältigung der Gesundheitskrise beigetragen. Der europäische Aufbauplan bringt Europa näher zusammen, und die Zweckbindung der Mittel zielt darauf ab, Europa nachhaltiger, digitaler und resilienter zu machen. Der reiche Norden Europas hat durch die Unterstützung des ärmeren Südens zu einem wichtigen Schub des Zusammenhalts beigetragen. Hätten die wirtschaftlich starken Mitglieder der EU diese Hilfe verweigert, hätte dies den künftigen Zerfall der Union einleiten können – wer in Europa keine Hilfe bekommt, sucht sich diese woanders, schrieb Sigmar Gabriel im «Tagesspiegel»⁴.

Der zweite Akt wird nicht einfacher. Es gilt, in der unterschweligen Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich eine kraftvolle Führungslösung zu finden, an der sich auch Osteuropa orientieren kann.

Der dritte Akt ist die Besinnung Europas auf seine Grundwerte und die wichtige geopolitische Positionierung als geeinte, starke Union und somit Gegenpol zur bipolaren Konfrontation. Dies bedingt eine unmissverständliche Definition einer zukunftsfähigen gesamteuropäischen Vision mit Aussenwirkung: einerseits gehören dazu eine eigenständige Wirtschaftspolitik mit einem europäischen Haushaltsbudget, andererseits eine starke Aussen- und Asylpolitik mit europäischer Asylbehörde, einheitlichen Einwanderungsgesetzen und starkem Schutz der Aussengrenze sowie einer eigenständigen Verteidigungsstrategie als Nuklearmacht mit europäischem Verteidigungsbudget und europäischer Interventionstruppe. Dies allerdings wird ein Balanceakt, wobei es gilt,

⁴ Gabriel, Sigmar, Der Tagesspiegel, Wie Macron Frankreich zum Anführer machen will, 7.1.2021

die USA als strategische nukleare Schutzmacht und Nato-Partner nicht zu irritieren. Schliesslich gehören zu dieser Positionierung eine europäische Finanz- und Fiskalpolitik sowie die Besinnung auf eine weiterhin liberale Ordnung, insbesondere nach dem Austritt von Grossbritannien.

Europa braucht einen neuen Deal – nicht Green, sondern Blue Deal! – Der Klimawandel und die Vernichtung der Biodiversität sind langfristig die grössten Probleme der Menschheit. Europa muss aber gleichzeitig seine wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sichern und Arbeitsplätze schaffen. Eine zukunftsweisende Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik muss also wirtschaftlichen Erfolg und Technologieführerschaft mit ökologischer und biologischer Nachhaltigkeit verbinden.

Europa hat die Chance und die entsprechende Wertebasis, sich als Vorreiter einer globalen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik zu positionieren. Neben dem Schutz der Umwelt und der Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs könnte dieses Projekt integrativ wirken.

Benötigt wird eine Ökologie, die technischen Fortschritt und Umweltschutz verbindet. Die nicht Verzicht propagiert, sondern die Ressourcen der Natur marktwirtschaftlich schützen will. Blaue Ökologie – Blau ist das neue Grün – Nachhaltigkeit durch Fortschritt – Arbeitsplätze durch Innovations- und Technologieführerschaft zugunsten einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft mit Fokus auf erneuerbarer Energie, emissionsfreier Mobilität und nachhaltigem Bauen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission nannte es «Europas Mann auf dem Mond», wobei es darum geht, die europäische Wirtschaft in Einklang mit unserem Planeten zu bringen. Blue Deal ist daher als nachhaltige Wachstumsstrategie zu verstehen. In Bezug auf Mobilität heisst das: elektrische Personenwa-

gen und Carsharing statt Abkehr von Autos und Individualverkehr.

Rückschlüsse für die Schweiz

Stärkung einer nachhaltigen Wirtschaft, der Diplomatie, der EU-Beziehung und der direkten Demokratie – Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, einige nennen sie «the ideal small state», eine Nation mit einer stabilen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Basis, sozialem Frieden, sehr hoher Lebensqualität, einem bewährten dualen Bildungssystem mit hohem Bildungsniveau und hochstehenden Forschungsinstitutionen sowie einer hervorragenden Produktivität und guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Ein Land, in dem globale wirtschaftliche, akademische und kulturelle Exzellenz Wurzeln schlagen und eine reichhaltige Vielfalt lokaler kultureller Traditionen und Bräuche koexistieren. Diese Erfolgsfaktoren sowie Werte wie unsere politische Neutralität, direkte Demokratie, Liberalismus, soziale Marktwirtschaft und Weltoffenheit haben uns über Jahrzehnte als Exportnation erfolgreich gemacht und der Schweiz neben diplomatischem Gewicht eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von internationalen Organisationen und globalen Firmen wie ABB, Credit Suisse, Glencore, Nestlé, Novartis, Roche, Schindler, Swiss Re, Takeda (hat Hauptsitz in Tokyo) oder Zurich Insurance beschert, um nur einige zu erwähnen.

Heute sind Globalisierung, geopolitische Blockbildung und Digitalisierung wichtige Treiber einer fundamentalen Transformation. In dieser Umwälzung ist die Prosperität der Schweiz akut «at risk». Die Schweiz hat in der zunehmend fragmentierten komplexen Welt mit Blockbildungen und als Nichtmitglied der G-20 an diplomatischer Bedeutung verloren und über die Jahre wichtige Sitze in den Schaltzentralen der Weltbank, dem

Internationalen Währungsfonds, der OECD oder der WTO eingebüsst.

In der Digitalisierung haben uns Zentren wie Israel, Silicon Valley, Berlin oder Singapur den Rang abgelaufen. Spätestens die Covid-19-Krise hat unseren digitalen Rückstand in den kantonalen Verwaltungen wie in der Bundesverwaltung vor Augen geführt.

Unsere historisch tief verankerte unternehmerische Prägung, unser Pioniergeist, die Leistungsorientierung und der Liberalismus – Werte, die unser Land im 18. Jahrhundert von einem agrarorientierten Armenhaus zu einem industriellen Powerhaus transformiert haben – sowie unsere Weltoffenheit, die zur Gründung wichtiger internationaler Organisationen wie dem Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) führten, werden zunehmend durch Staatsgläubigkeit, Moralpolitik und Innenfokussierung abgelöst. Ein zunehmender Anteil der Stimmbevölkerung glaubt offenbar, dass die Prosperität der Schweiz in Stein gemeisselt sei – eine gefährliche Selbsttäuschung, zumal in einer Zeit der schnellen Veränderung!

Zitat Bundesrat Cassis: «Ein wachsender Teil der Bevölkerung verliert im Sammelsurium von Fakten und Fake aus den Social Media die Orientierung und den Kompass.» Wohlstandsverwöhnt sind wir immer mehr nach innen gerichtet und glauben an Staatswirtschaft.

Wir benötigen daher dringend eine überzeugende Zukunftsvision, um unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze zu halten und unseren Ein-

fluss in der Welt zurückzugewinnen. Einsicht ist der erste Schritt in die Zukunft – Philipp Hildebrand hat im Interview in der NZZ folgenden Satz gesagt: «Wir müssen uns erst einmal eingestehen, dass wir ein Problem haben, und dann einen Plan entwickeln – plan beats no plan.»⁵

Zentral sind folgende vier Pfeiler einer zukunftsfähigen Schweiz:

1 | Digitaloffensive und Vorreiterrolle einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft – Nachhaltigkeit durch Fortschritt – ein «New Blue Deal» – Die Schweiz ist als Hochpreisland und Finanzplatz auf eine überdurchschnittliche Produktivität und Sicherheit angewiesen. Dabei spielt die Digitalisierung eine entscheidende Rolle – folgende Themen sind mit Hochdruck zu fördern: digitale Infrastruktur (5G-Technologie, Glasfasernetz, digitale Identität, Swiss/European Cloud, Open Data), Interoperabilität, E-Government und gesetzliche Grundlagen sowie Cybersecurity; Ausbildung, Forschung und Fachkräfteversorgung bezüglich digitaler Fähigkeiten und Expertenwissen; Innovation und Start-up-Förderung; öffentlicher Dialog und Einbindung der Bevölkerung zum Abbau von Ängsten.

Es gilt, das Profil der Schweiz in den globalen Bestrebungen zu schärfen, die Gouvernanz der Digitalisierung zu festigen. Der Standort Genf – international bekannt für sein humanitäres Standbein und seine Vermittlungsrolle – ist als führender Standort der Digitalisierungs- und Technologie-debatten zu positionieren. Die Schweiz hat hierbei die Chance, sich für die digitale Selbstbestimmung der Bürger in einem offenen und sicheren digitalen Raum zu positionieren.⁶ Der Bundesrat muss agieren und nicht zuwarten.

Diese Technologieoffensive ist eng mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik zu verknüpfen – die Schweiz soll mit der EU an einer Reform hin-

⁵ Städeli, Markus & Biswas, Chanchal, NZZ, Nach Scheitern der OECD-Kandidatur: Philipp Hildebrand lanciert Idee für Staatsfonds, 27.2.2021

⁶ EDA, Schweizerische Eidgenossenschaft, Aussenpolitische Strategie 2020–2023, 19.4.2021

zur erwähnten führenden sozial-ökologischen Wirtschaftsordnung mit globaler Vorbildfunktion in der Dekarbonisierung und im Erhalt der Biodiversität zusammenarbeiten. Dazu gehören neben der Förderung erneuerbarer Energien und nachhaltiger Technologien eine entsprechende Steuerreform mit Lenkungsabgaben.

2 | Kapitalisierung der Wirtschaftskraft – Sigmar Gabriel hat es neulich mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: «Die Schweiz ist heute politisch unwesentlich, nur noch wirtschaftlich bedeutend.» Wir verpassten es bisher, daraus Kapital zu schlagen. Singapur macht es vor, wie ein kleines Land dank seiner Finanzkraft einen enormen Einfluss ausübt. Mit seinem Staatsfonds tätigt es enorme internationale Investitionen und übt weltweit grossen politischen Einfluss aus – es ist kein Zufall, dass das World Economic Forum 2021 in Singapur geplant ist. Singapur hat sich gegenüber der G-20 als Interessenvertreter der kleinen Länder positioniert und ist heute als Beobachter an den G-20 Treffen regelmässig eingeladen. Die Schweiz wäre aufgrund ihrer historisch diplomatischen Positionierung dafür klar prädestiniert gewesen, hat dies aber verpasst und wird gerade noch sporadisch zum Finanzdialog der G-20 eingeladen.

Die Schweiz besitzt riesige Währungsreserven und eine grosse Wirtschaftskraft: Wir müssen eine Strategie entwickeln, wie wir diese Ressourcen, ohne die Eigenständigkeit der Nationalbank zu gefährden, im Rahmen einer Finanzdiplomatie gezielt einsetzen können.

3 | Eine weltoffene Schweiz mit geregelter Beziehung zu Europa als Exportland – Seit dem Nein zum EWR verfolgt unser Land den bilateralen Weg mit inzwischen über 120 Abkommen. Er war bislang erfolgreich, hat unsere Unabhängigkeit gestärkt und gleichzeitig unsere wirtschaftliche

Verflechtung mit der EU und unseren Nachbarstaaten im Besonderen gefördert. Wir tauschen ohne grosse Bürokratie Güter, Personen und Kapital aus und arbeiten zusammen im Bereich Asyl und Kriminalität und in der Forschung. Der Wegfall von Zöllen und Kontrollen spart Geld. Der bilaterale Weg ist daher weiter zu festigen. Dass im Bereich des Marktzugangs gemeinsame Regeln und gemeinsame Rechtswege gelten, ist konsequent und nicht zu kritisieren. Ein Vertrag für die fünf Marktzugangsabkommen ist somit grundsätzlich zu begrüssen, vor allem da unsere Verträge statisch sind und ohne laufende Anpassungen erodieren.

Die Schweiz ist aber nicht Mitglied der EU, was seitens der EU zu respektieren ist. Unser Arbeitsrecht mit seinem Lohnschutz und den Sicherheiten ist eine wichtige Errungenschaft und ist zu schützen. Aber auch hier gibt es Optimierungen, denen man sich nicht verschliessen darf. Der Weg zu einer Lösung scheint derzeit weit entfernt zu sein, trotz über siebenjährigen Verhandlungen. Beide Vertragspartner pokern zu hoch und zeigen wenig Pragmatismus. Eine enge Kooperation im Bereich des Binnenmarkts, der Gesundheit oder der digitalen Technologien liegt im Interesse der Schweizer Wirtschaft und der Bürger. Ebenso hilft es aber der EU – gerade mit dem Zugang zu unseren beiden ETH oder der Innovationskraft der Schweiz. Im Zeitalter der Digitalisierung ist Kooperation in jedem Fall der bessere Weg als die Konfrontation.

Die Nachteile eines Alleingangs der Schweiz wiegen schwer, würden die Lage der Wirtschaft zusätzlich erschweren, unser Land weiter schwächen und noch unbedeutender machen. Natürlich hat jeder Weg seinen Preis. Kritik alleine bringt uns nicht weiter. Kulturell, historisch, wertemässig ist und bleibt uns die EU klar am engsten verbunden. Beide Vertragsparteien sollten sich

daher zusammenraufen und innert der nächsten Jahre zu einer tragfähigen Lösung kommen. Der Bundesrat trägt hierfür die Verantwortung. Die Parteien wie die Wirtschaft sollten konstruktiv mitwirken und nicht im Schwarzpeter-Spiel mitmachen.

4 | Medienreform – eine direkte Demokratie benötigt eine starke, unabhängige, qualitativ hochstehende Medienlandschaft – Insbesondere in einer direkten Demokratie sind faktenbasierte und wissenschaftlich fundierte Informationen zur politischen Willensbildung entscheidend.

Ein eindrückliches Beispiel der Desinformation mit Gefährdung unserer Wettbewerbsfähigkeit lieferte die neuliche Abstimmung über das Freihandelsabkommen mit Indonesien: 48% der abstimmenden Bevölkerung haben gegen das Wirtschaftsabkommen gestimmt. Getrieben war die Diskussion von einer Palmöldebatte. Vielen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern blieben folgende Fakten verborgen:

- Es war keine isolierte Vorlage Schweiz – Indonesien. Es handelte sich um ein Handelsabkommen zwischen der Efta und Indonesien. Fast hätten wir uns hier als unzuverlässigen Partner positioniert und gleichzeitig unsere Exportfähigkeit geschmälert.
- Die Schweiz steht für Nachhaltigkeit – jedes Kilogramm Palmöl, das nicht nachhaltig produziert wird, ist schlecht. Doch die Antwort auf die Frage, wie viel Palmöl die Schweiz aus Indonesien konsumiert – eine Lastwagenladung, 100 Lastwagenladungen oder noch mehr? – löst heute, nach der Abstimmung, bei den meisten

Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Erstaunen aus: Die gesamte Schweizer Volkswirtschaft konsumiert weit weniger als eine Lastwagenladung Palmöl aus Indonesien, der Grossteil aus nachhaltigem Abbau – total marginal!⁷ Trotzdem orientierte sich die Abstimmungsdiskussion zum Handelsabkommen in manipulativer Art und Weise nur an der Palmöldebatte – wie ist das möglich?

Die digitalen Plattformen spielen zunehmend eine wichtige Rolle. Wer öffentlich im Internet Kommentare absetzt, soll daher als Bürger erkennbar sein. Sofern die Aussagen sich im gesetzlichen Rahmen bewegen, gilt die Meinungsfreiheit. Wer durch Verleumdung, Nötigung oder Verbreitung von Hass oder Unwahrheiten Gesetze verletzt, muss verfolgt werden können – eine wichtige Grundbedingung für Zivilisation. Betreiber von Onlineplattformen müssen Verantwortung für den verbreiteten Inhalt und allenfalls die Haftung übernehmen. Regeln gegenüber der Presse existieren und sollten daher auch auf Onlinemedien übertragen werden. Die «Lufthoheit der Meinungsbildung» muss wieder weg von Populisten, Aktivisten und Intriganten, die persönliche oder politische Ziele verfolgen, und zurück zu einem Berufsstand, dessen Credo in der wahrhaften Berichterstattung liegt.

Aufbruchsstimmung, Integration und Schweizer Werte – Gemeinsam mit der jungen Generation gilt es, mit einer Aufbruchsstimmung aus der Krise in eine zukunftsorientierte Normalität zu finden.

Gesellschaftlichen Herausforderungen ist mit einer verstärkten Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu begegnen. Es gilt, die Resilienz zu erhöhen und unsere finanziellen Ressourcen in Bezug auf die langfristige Risikolage zu allozieren. Es gilt, gesellschaftsintegrierende

⁷ Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, Factsheet, 16.12.2018

Strukturen zu stärken wie das duale Bildungssystem, unsere Milizkultur in Politik, Armee, Feuerwehr oder die Freiwilligenarbeit. Schliesslich tun wir gut daran, uns auf unsere traditionellen Werte und Erfolgsfaktoren zu besinnen wie Unternehmertum, Subsidiarität, Pioniergeist, Zuverlässigkeit, Chancengleichheit, Solidarität und sozialen Frieden.

Sicherheit in Zeiten der Unsicherheit bringt deshalb den Zeitgeist auf den Punkt. Es gilt zu handeln, in der EU wie auch in der Schweiz, und Weichen zu stellen. Die derzeitigen Entwicklungen werden künftige Generationen betreffen!

Das Europa Forum packt genau da an: Getreu der Vision «Für eine starke Schweiz und ein starkes Europa» wollen wir als Gesprächs-, Orientierungs- und Ideenplattform durch unsere Förderinitiativen einen Beitrag für die Entwicklung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsraums leisten, gerade auch in einer Zeit der Veränderung und Disruption.

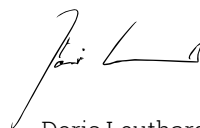
Eine der Förderinitiativen ist das Impulsgeber-Programm. Jährlich werden aus einer grossen Anzahl von Persönlichkeiten durch eine Jury insgesamt 25 Impulsgeberinnen und Impulsgeber (je fünf in den Kategorien Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Generation Zukunft) gewählt. Es sind Menschen, die für die Schweiz und/oder Europa Besonderes leisten oder geleistet haben und wichtige Impulse setzen, im Kleinen und im Grossen. Es sind Menschen, die in der Schweiz und Europa zur Debatte und zum besseren Verständnis für eine starke Schweiz und ein starkes Europa einen Beitrag liefern. Es sind Menschen mit Mut und dem Potenzial zur konstruktiven Gestaltung der Zukunft. Menschen, die mit ihren Leistungen, Visionen, Ideen, ihren Qualitäten oder ihrem Format für anregenden Gesprächsstoff sorgen.

Die Impulsgeberinnen und Impulsgeber wurden in einem Magazin der Öffentlichkeit vorgestellt, das am 27.8.2020 der «Handelszeitung», am 28.8.2020 der «Le Temps» und am 11.9.2020 der «Bilanz» beigelegt war.

Das vorliegende Impulspapier fasst die wichtigsten Anregungen der Impulsgeberinnen und Impulsgeber zusammen und richtet sich an den Gesamtbundesrat. Dieses Dokument folgt der Struktur des Europa Forums und gliedert sich somit in die fünf Kategorien Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Generation Zukunft.

Aufgrund der Covid-19-Krise fand im November 2020 bekanntlich kein Hauptanlass des Europa Forums Luzern statt. Viele Impulse wurden jedoch in den zahlreichen Webcasts im virtuellen Raum mit herausragenden Persönlichkeiten diskutiert. Sie werden zudem im Rahmen der einzelnen Förderinitiativen des Europa Forums aufgegriffen und weiterverfolgt. Diese sind: wirtschaftspolitisches Umfeld, Bildung und Forschung, KMU/Unternehmertum, Generation Zukunft sowie Kompass Europa.

Das Impulspapier soll aber auch einen Beitrag zum öffentlichen Diskurs liefern und kann auf der Website des Europa Forums Luzern heruntergeladen werden. Artikel in der «Handelszeitung» und «Le Temps» unterstützen diesen Diskurs.



Doris Leuthard
Co-Präsidentin des
Steering Committee



Marcel Stalder
Präsident des
Executive Committee

TOP-10 IMPULSTHESEN

SEITE THESE

22 – 27 A. WIRTSCHAFT

1. «New Blue Deal» – Digitaloffensive und Vorreiterrolle einer neuen globalen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik – EU Recovery Package für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der EU

Europa hat die Chance und die entsprechende Wertebasis, sich als Vorreiter einer neuen globalen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik zu positionieren. «Blaue Ökologie» baut auf Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität durch Innovation und Technologieführerschaft einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft, resultierend in ökonomischem Erfolg und Schaffung von Arbeitsplätzen – Nachhaltigkeit durch Fortschritt! Es gilt, das aufgrund von Covid-19 verabschiedete EU Recovery Package für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der EU mit den Zielen des «New Blue Deal» zu verknüpfen.

2. Stärkung unserer Widerstandsfähigkeit – Chief Risk Officer des Bundes

Es gilt, gemeinsam Lehren aus Covid-19 zu ziehen. Öffentliche Hand und private Akteure müssen zusammenstehen, um gemeinsam Wege zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Zivilgesellschaften zu finden. Die Ernennung eines Chief Risk Officer auf Bundesebene würde eine rationale Allokation der limitierten öffentlichen Mittel auf der Basis objektivwissenschaftlich-fundierter Analysen auf erkannte Risiken fördern und somit langfristig Wirtschaftsschäden und Todesopfer minimieren.

28 – 31 B. WISSENSCHAFT

3. Wissenschaftsbasierter Ansatz ermöglicht Lösungen für grosse Herausforderungen unserer Zeit

Das Vertrauen und die Zuversicht in die kreative Lösungskraft unserer Wissenschaft sind zu stärken und der Ausbau der internationalen wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit zu fördern. Digitale Grundkompetenzen müssen dringend zu Basiswissen erklärt werden.

4. Beteiligung der Schweiz an gemeinsamen Forschungsprogrammen der EU

Forschungszusammenarbeit und -kooperation sind Kern der wissenschaftlichen Innovation. Es ist zentral, dass sich die Schweiz an Initiativen der gemeinsamen Programmplanung der EU beteiligt, die sich mit wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen befassen.

32 – 37 C. POLITIK

5. Demokratie, Liberalismus und Meinungsfreiheit in Gefahr – dringend nötige Medienreform sowie Anpassung des Ordnungsrahmens

In einer direkten Demokratie sind Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und faktenbasierte Information zur politischen Willensbildung die Grundpfeiler einer funktionierenden demokratischen Ordnung. Die Kommunikation, Information und Wissensvermittlung verlagern sich auf unregulierte Internetportale. Zudem ist ein kultureller Wandel festzustellen, ein Hypermoralismus, in welchem gewisse Gedankenströme nicht mehr zugelassen oder sozial akzeptiert werden – ein neuer Totalitarismus. Es gilt, die in der analogen Welt geltenden Gesetze auf das Internet zu übertragen. Wer öffentlich im Internet Kommentare absetzt, soll als Bürger erkennbar sein. Zudem müssen Betreiber von Onlineplattformen die Verantwortung für den Inhalt und allenfalls die Haftung übernehmen – die Qualität öffentlich zugänglicher Informationen muss erhöht werden, um die Informationsfunktion der Medienlandschaft als vierte Macht und Pfeiler einer funktionierenden Demokratie und Gesellschaftsordnung wiederherzustellen.

6. Kapitalisierung der Wirtschaftskraft zur Stärkung des politischen Einflusses der Schweiz

Die Schweiz hat an politischem Gewicht eingebüsst und ist heute nur noch wirtschaftlich bedeutend – sie muss deshalb aus ihrer Wirtschaftskraft neues politisches Kapital schlagen und eine Strategie entwickeln, wie sie ihre wirtschaftlichen Ressourcen, ohne die Eigenständigkeit der Nationalbank und ihre Neutralität zu gefährden, im Rahmen einer Finanzdiplomatie nach dem Vorbild von Singapur gezielt einsetzen kann.

38–41 D. GESELLSCHAFT

7. Stärkung des inneren Zusammenhalts und Vermittlung der Bedeutung eines geeinten Europas – Förderung des intergenerationellen Dialogs

Der innere Zusammenhalt in der EU bröckelt. Neben der Gefahr eines nationalistisch getriebenen Zerfalls eines geeinten Europas entstehen zusätzliche Spannungen zwischen den sozialen Schichten: Aufgrund einer ungesunden Umverteilung von Vermögen und der Entfremdung von Kapital- und Arbeits-einkommen entsteht eine zunehmende Neidkultur, eine Angry Society mit Wut auf vermeintlich Verantwortliche und Bessergestellte. Mit der Digitalisierung und der damit einhergehenden Personalisierung von Informationen leben zunehmend mehr Menschen in Bubble-Realitäten. Dies gefährdet den inneren Zusammenhalt, den sozialen Frieden und schliesslich die Wirtschaftskraft. Es ist zentral, die Bedeutung eines geeinten Europas insgesamt sowie für die Schweiz als Exportland einer breiten Bevölkerung zu vermitteln und den inneren Zusammenhalt sowie den intergenerationellen Dialog zu fördern.

8. Verstärkter Fokus auf multilaterale, tragfähige Lösungen für globale Herausforderungen durch Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft

Die Covid-19-Krise führt in letzter Konsequenz zu rapide wachsenden Ausgaben für Staat und humanitäre Hilfe. Die Schweiz hat nach multilateralen, tragfähigen Lösungen für globale Herausforderungen zu suchen, welche über die blossе Kooperation von Staaten hinausgehen und die Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft verstärkt an Entscheidungsprozessen beteiligen.

42 – 44 E. GENERATION ZUKUNFT**9. Bewusstsein der Bedeutung von Cyberangriffen und verstärkte Vorbeugungsmassnahmen**

Cyberangriffe auf Unternehmen und kritische Infrastrukturen werden in den nächsten Jahren exponentiell zunehmen. Entscheidungsträger sollten entsprechend adäquate Massnahmen ergreifen und gewährleisten, dass die Bevölkerung – insbesondere die zukünftige Generation – ihre Rechte sicher im Cyberraum ausüben kann. Die Schweiz und Europa müssen in diesem Bereich konzertiert vorgehen und diesen als eine strategische Schlüsselfrage betrachten.

10. Integration der jungen Generation in die Lösungs- und Entscheidungsfindung zur Überwindung der Covid-19-Krise in der Schweiz und in Europa

Es muss sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse und Wünsche der jüngeren Generation von den schweizerischen und europäischen Institutionen berücksichtigt werden. Nur so ist der Weg aus der Krise ein gemeinsames Konstrukt und die Nachhaltigkeit des Gesellschaftsvertrags zwischen den Staaten und ihren Bürgern gewährleistet.

A. WIRTSCHAFT



1. «New Blue Deal» – Digitaloffensive und Vorreiterrolle einer globalen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik – EU Recovery Package für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union

Der Klimawandel und die Vernichtung der Biodiversität sind langfristig die grössten Probleme der Menschheit. Europa muss aber gleichzeitig seine wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sichern und Arbeitsplätze schaffen. Eine zukunftsweisende Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik muss also wirtschaftlichen Erfolg und Technologieführerschaft mit ökologischer und biologischer Nachhaltigkeit verbinden.

Europa hat die Chance und die entsprechende Wertebasis, sich als Vorreiter einer globalen sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik zu positionieren. Neben dem Schutz der Umwelt und der Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs könnte dieses Projekt integrativ wirken und die Generationen in Europa vereinen.

Benötigt wird eine Ökologie, die technischen Fortschritt und Umweltschutz verbindet. Eine Ökologie, die nicht Verzicht propagiert, sondern die Ressourcen der Natur marktwirtschaftlich schützen will. «Blaue Ökologie» – Blau ist das neue Grün – Nachhaltigkeit durch Fortschritt – Arbeitsplätze durch Innovations- und Technologieführerschaft einer nachhaltigen ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft mit Fokus auf erneuerbare Energie, nachhaltiges Bauen und emissionsfreie Mobilität – beispielsweise elektrische Personenwagen statt Abkehr von Autos und Individualverkehr.

Es gilt, das aufgrund von Covid-19 verabschiedete EU Recovery Package von 1,8 Billionen Euro mit Fokus auf die drei Säulen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Bildung für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union einzusetzen und gleichzeitig die Klimapolitik voranzutreiben – eine Umsetzung des «New Blue Deal» – bei gleichzeitiger Stützung der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer. So gewinnt die Union an Wirtschaftskraft bei gleichzeitiger Verfolgung der Ziele des Pariser Klimaabkommens.

2. Wirtschaftskraft durch internationale Vernetzung

Die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung wird nicht erreicht durch einen umfassenden und teuren Ausbau der Selbstversorgung, sondern durch eine gezielte und klug diversifizierte Einbindung der Schweizer Wirtschaft in internationale Wertschöpfungsketten. Dies gilt für Gesundheitsmaterial, Lebensmittel und Industriegüter gleichermaßen. Den Firmen sind die unternehmerischen Freiheiten zurückzugeben, und der ungehinderte Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr mit dem europäischen Ausland ist sicherzustellen. Klare, stabile und zuverlässige Rahmenbedingungen mit der EU sowie Freihandelsabkommen mit dem Mercosur und den USA sind wichtige Garantien für Investitionen in den Standort Schweiz und somit für den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen.

3. Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften stärken: gemeinsam Lehren aus Covid-19 ziehen

Die Pandemie hat gerade in der Schweiz gezeigt, wie Menschen, aber auch Politik und Wirtschaft zusammenstehen und gute Lösungen finden können, wenn es darauf ankommt. Diesen konstruktiven und kreativen Gemeinschaftsgeist sollten wir nach Durchschreiten der Krisen-Talsole nutzen, um gemeinsam Wege zu finden, um die Widerstandsfähigkeit unserer Zivilgesellschaften zu stärken. Das können nur öffentliche Hand und private Akteure in einvernehmlichem Zusammenspiel. Nationale und internationale Netze müssen dabei ineinandergreifen. Anwendungsfelder wären nebst den Pandemierisiken sicherlich auch grossflächige Stromausfälle oder Szenarien von Cyberangriffen. Die Schweiz blickt auf eine starke Tradition umsichtiger Vorsorge bei Grossrisiken zurück, die auch international anerkannt wird (etwa bei der Prävention im Bereich Naturgefahren). Zudem verfügt sie mit dem UNO-Standort in Genf, dem WEF oder auch dem IKRK über ein ausgezeichnetes Mobilisierungspotenzial für

die notwendige internationale Diskussion der gemeinsamen Lehren aus Covid-19.

4. Ein Chief Risk Officer des Bundes sensibilisiert Politik und Öffentlichkeit für Wege zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Der Staat hat bekanntlich begrenzte Mittel, auch, wenn es darum geht, Risiken zu minimieren. Die Zuteilung der Mittel auf die erkannten Risiken erfolgt jedoch weniger auf Basis objektivwissenschaftlich fundierter Analysen als der Risikoempfindung der Menschen.

Durch diese vom menschlichen Hirn beeinflussten Wahrnehmungsmuster entstehen die bekannten Verzerrungen: Risiken, die sich vor kurzer Zeit materialisiert haben, werden als ernster wahrgenommen als solche, die weiter zurückliegen (z. B. Naturkatastrophe versus Pandemie). Ebenso nehmen wir Ereignisse, die viele Opfer aufs Mal fordern, deutlich dramatischer wahr als solche, bei denen sich die Opfer über längere Zeiträume verteilen (z. B. Terrorangriff versus Verkehrstote). Diese gegenüber den statistischen Fakten verzerrte Wahrnehmung spiegelt sich in einer entsprechend disproportionalen Zuteilung der öffentlichen Mittel für die Risikominderung.

Der Bund kennt im Rahmen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz bereits die Funktion eines Chief Risk Officer (CRO), der u. a. periodisch einen nationalen Risikobericht erstellt. Im Licht der Erfahrungen aus der Pandemie sollte die Diskussion nationaler Risikoszenarien häufiger und breiter abgestützt erfolgen, um die Politik wirksam für Wege zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu sensibilisieren. Bund, Kantone, Hochschulen und Privatwirtschaft könnten jährlich gemeinsam – etwa im Rahmen einer öffentlichen Tagung mit medialer Begleitung – die wesentlichen Gefährdungsszenarien diskutieren. Auch das Parlament könnte jährlich eine entsprechende Diskussion führen. Sie hätte sicher Signalwir-

kung. Diese faktenbasierte Diskussion würde die Sensibilisierung in der Politik und in der breiteren Öffentlichkeit unterstützen. Das könnte mit der Zeit zu einem Umdenken und zu einer rationaleren Allokation der limitierten öffentlichen Mittel führen. In der Folge gäbe es auch weniger Todesopfer und tiefere Wirtschaftsschäden.

5. Schweiz als treibende internationale Kraft in der Transformation zur «Low-Carbon Economy»

Aufgrund hoher Innovationskraft in den Unternehmen, ausgezeichneter technischer Hochschulen, eines grossen Dienstleistungssektors mit starkem und innovativem Finanzplatz kann die Schweiz international als treibende Kraft für den Übergang zu einer «Low-Carbon Economy» wirken.

Zusammen mit anderen Regierungen, Organisationen und Unternehmen kann sie auf eine kritische Masse mit entsprechender Dynamik hinarbeiten. Kurze Wege zwischen Politik, Wirtschaft und Hochschulen sind dazu ein grosser Vorteil. Sie geben uns besonders in der Schweiz die Möglichkeit, gemeinsam kreative Ansätze zu entwickeln und über globale Plattformen wie UNO/UNEP, WEF, G-20 und OECD in die internationale Diskussion einzubringen. Der Schweizer Finanzplatz kann diese Transformation mit innovativen Finanz- und Risiko-Transfer-Instrumenten begleiten (Stichwort: «Sustainable Finance»). Beispiele sind hierbei: nachhaltige Infrastrukturinvestitionen wie Ausbau erneuerbarer Energien, digitale Infrastrukturen und Entwicklung von konkreten technischen Lösungen, etwa betreffend CO₂-Abscheidung und -Lagerung. Wir sehen hier generationenübergreifende Chancen, die auch die Schweizer Jugend ansprechen werden.

6. Stärkung des nachhaltigen, stabilen internationalen Hilfesystems – Entwicklung neuer Finanzinstrumente zur Mobilisierung von Kapital

Die Schweiz und das IKRK haben ein gemeinsames Interesse an einem starken und nachhaltigen internationalen Hilfesystem. Neben traditionellen Formen der Hilfe für Krisenopfer setzen sie sich verstärkt für neue Finanzinstrumente und vorteilhafte Investitionen in besonders fragilen Kontexten ein, um damit die Resilienz von Gemeinschaften zu stärken, Wege zu mehr Unabhängigkeit zu fördern und so zur internationalen Stabilität beizutragen.

Wegen der hohen Konfliktualität der internationalen Beziehungen sind humanitäre Bedürfnisse in den letzten Jahren stark gestiegen und Gebiete hoher Fragilität haben sich ausgeweitet. 80% aller durch Gewalt vertriebenen Menschen weltweit stammen aus den 20 Ländern, in denen Krieg, Gewalt, Armut, Umweltschäden und schlechte Regierungsführung zusammenkommen. Humanitäre Akteure sind immer länger in Krisensituationen tätig. Die traditionellen Unterstützungsmassnahmen von Staaten und Privaten haben jedoch mit diesen Entwicklungen nicht Schritt gehalten und werden es wohl auch in Zukunft nicht. Internationale humanitäre Akteure wie das IKRK bemühen sich zwar um mehr Effizienz, Effektivität und Wirkung ihrer Massnahmen. Diese Bemühungen müssen allerdings auch durch weitere Anstrengungen begleitet sein, Kapital zu mobilisieren, um breitere Stabilitätswirkung zu erzielen.

Angesichts der Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes hat die Schweiz ein besonderes Interesse, ähnlich wie bei Klimawandel und Pandemiebekämpfung, neue Finanzinstrumente zu entwickeln, die zusätzlich zur Nothilfe breitere Wirkung entfalten können. Der Schweiz kommt in der Bereitstellung von Risikokapital in Ländern, in welchen das IKRK tätig ist, eine besondere Bedeutung zu, und das IKRK kann als Frontlinie-Organisation neue Instrumente zusätzlich zu seinen traditionellen Aufgaben testen und entwickeln.

7. Dringende Transformation des Businessmodells der Schweizer Banken – kundenorientiertes Digital Banking zur Zukunftsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes

Die Wirtschaft befindet sich mitten in einer fundamentalen Transformation. Ein sich stetig veränderndes Marktumfeld und neue Erwartungen des modernen Bankkunden an das Banking von morgen zwingen den Finanzsektor dazu, veraltete Geschäftsmodelle neu zu denken.

Zahlreiche Banken und Vermögensverwalter, wie wir sie heute kennen, agieren mit veralteten analogen, produktzentrierten und lokalen Geschäftsmodellen.

Zukunftsfähig sind digitale, kundenzentrierte Plattformanbieter, die mit Ökosystem-Partnerschaften agieren. Dominieren werden Banken mit klarem Profil oder Fintech-Unternehmen im Banking. Besonders wichtig ist es deshalb, dass Schweizer Banken schon heute Bereitschaft zur Veränderung und Flexibilität zeigen, um langfristig erfolgreich zu bleiben.

8. Schutz digitaler Identitäten, Förderung und Aufklärung eines ethischen Umgangs mit Daten in Schweiz und Europa

Covid-19 hat die grundlegende Beschaffenheit unserer Infrastruktur in der Schweiz in Frage gestellt. Vielleicht ist unsere Infrastruktur im Laufe der Zeit so instabil geworden, dass der durch die Pandemie verursachte Paradigmenwechsel einen neuen Dialog über die Sicherheit insgesamt angeregt hat. Sicherheit kann mit Sicherheit in unserem Cyberspace beschrieben werden, wobei kritische Infrastruktur in Verbindung mit Privatsphäre ausgedrückt wird. Das Sprichwort «live by the digit, die by the digit» gilt heute mehr denn je. Wir verlieren uns in Metadaten und Algorithmen, die unsere Demokratie potenziell gefährden. Der Inhalt von Filmen ist heute unsere Realität.

Telepathie und die Erforschung der Hirnschnittstelle sind im Gange. Hallo neue Welt! Ist das Missbrauchspotenzial vorstellbar, oder wird es überhaupt eine Rolle spielen? Vielleicht müssen wir einen Knopf zum Schutz der Privatsphäre entwickeln, um ein gewisses Mass an Zufälligkeit und Serendipität zu ermöglichen. Fassen wir den Begriff «dezentralisiert» und seine Bedeutung etwas weiter. Können Dinge und Menschen autonom funktionieren, wenn Autorität innerhalb dieser Konstrukte definiert ist?

Das dezentralisierte Paradigma ist «work in progress», wobei ein «neues Internet» geschaffen wird, das eine geteilte Ethik beinhaltet und bei welchem Daten dem Einzelnen unterstellt sind oder – alternativ noch provokativer – dem sich entwickelnden Organismus oder Ding. Das Gehirn als Schnittstelle zum Internet wurde in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt, und fördert nun das «Brainet». Könnten wir jedoch angesichts der Entwicklung tragbarer MRT nicht über das Potenzial des telepathischen Austauschs oder des Brain-to-Brain-Messaging nachdenken, und wenn ja, warum sollten wir dann insgesamt ein Internet brauchen? Im Wesentlichen WERDEN wir zum Internet.

Darüber hinaus können wir nun unsere eigenen «Serendipity-On-Off-Buttons» hinzufügen und wählen, WAS wir teilen möchten und mit WEM wir es teilen möchten. Werde ich jedoch in der Lage sein, eine neue Art von Denial-of-Service-Angriff auf mein Gehirn abzuwehren? Welches Missbrauchspotenzial besteht in dieser «schönen neuen Welt», wenn unsere Gehirne von einigen wenigen schurkischen Akteuren «kooptiert» werden? Oder liegt dies alles zu weit in der Zukunft?

Die Empfehlungen für die Schweiz lauten wie folgt:

- Ausbildung in Cybersicherheit ab der Primarschule.
- Bereitstellung von Cyber-Safe-Zentren auf Kantonsebene für KMU.
- Bewertung der Sicherheit der kritischen Infrastrukturen in der Schweiz, Verfolgung eines ethischen Hacking-Ansatzes und Empfehlungen zur Schliessung von Schwachstellen. Diese Bewertungen sollten fortlaufend durchgeführt werden.

- Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Ethik in der Technik und Missbrauchspotenzial.
- Herausgabe einer eidgenössischen Proklamation zur ethischen Nutzung der Technologie.

Die Empfehlungen für Europa lauten wie folgt:

- Bewertung der Sicherheit kritischer europäischer Infrastrukturen sowie des ethischen Hacking-Ansatzes und Bereitstellung von Leseprotokollen und Empfehlungen zur Schliessung der Schwachstellen. Diese Bewertungen sollten fortlaufend durchgeführt werden.
- Bewertung der Verwundbarkeit von KMU durch Bereitstellung von Third-Party-Assessmentzentren Die Bewertungen sollten fortlaufend durchgeführt werden.
- Zurverfügungstellung von Forschungszentren für Ethik in der Technologie und für das Potenzial für Missbrauch.
- Austausch der Forschungsergebnisse innerhalb der EU und der Schweiz.
- Herausgabe einer europäischen Proklamation zur ethischen Nutzung von Technologie.

B. WISSENSCHAFT



1. Wissenschaftsbasierter Ansatz ermöglicht Lösungen für grosse Herausforderungen unserer Zeit

Stärken wir Vertrauen und Zuversicht in die kreative Lösungskraft unserer Wissenschaft und fördern wir den Ausbau der internationalen wissenschaftlich-technologischen, kultur- und sozialwissenschaftlichen Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Ziel, Lösungen für die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu finden: Klimawandel, Transition weg von fossilen Energiequellen, Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Nutzung von Ressourcen. Die Schweiz mit ihren im weltweiten Vergleich erstklassigen technischen, naturwissenschaftlichen, kultur- und sozialwissenschaftlichen Hochschulen kann Akzente setzen. Dazu gehört, bei jungen Menschen Neugier für Wissenschaft und Technik zu wecken und sie zu ermuntern, Ausbildungswege in den MINT-Fächern einzuschlagen: Hier können sie dazu beitragen, unsere Welt in ihrem Sinn zu gestalten!

2. Digitale Grundkompetenzen zu Basiswissen erklären und wissenschaftliche Task Force «Klima und Netto-Null-CO₂» für Politik

Die Klimakrise verschärft sich von Jahr zu Jahr mit begrenzten Anzeichen für entschlossenes Handeln der Regierungen, obwohl sich das Fenster für eine Stabilisierung der globalen Erwärmung bei +1,5° C schnell schliesst. Insbesondere das oft genannte Ziel eines CO₂-Nullwertes im Jahr 2050 gibt uns nur eine 50%ige Chance, eine Stabilisierung der globalen Erwärmung bei +1,5° C zu erreichen.

Von wesentlicher Bedeutung ist eine Task Force «Klima und Netto-Null-CO₂», die politische Entscheidungen zur Bewältigung der Klimakrise trifft und eine ähnliche Rolle wie die Task Force Covid-19 spielt. Eine Koordination

zwischen der Schweiz und der EU ist in dieser Frage unerlässlich. Die Zeit drängt!

3. Rückbesinnung auf gemeinsamen europäischen Bildungs- und Forschungsraum als europäische Stärke – Beteiligung der Schweiz an gemeinsamer Programmplanung der EU

Europa muss sich auf seine Stärken konzentrieren, nicht nur in Bezug auf die «vier Freiheiten» – den freien Personenverkehr, freien Warenverkehr, freien Dienstleistungsverkehr und freien Kapitalverkehr. Europa muss sich auf das Fundament dieser «vier Freiheiten» konzentrieren: die gemeinsamen ethischen Werte und Verhaltensregeln sowie den gemeinsamen europäischen Bildungs- und Forschungsraum. Forschungszusammenarbeit und Kooperation sind der Kern der wissenschaftlichen Innovation. An einigen EU-Forschungsprogrammen ist die Schweiz nicht beteiligt, oder deren bisherige Beteiligung ist aufgrund der wahrscheinlich gescheiterten Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommens bedroht. Dies schränkt die Interaktion ein und ist eine verpasste Gelegenheit, sich in wichtigen politischen Entscheidungen wissenschaftlich einzubringen.

Die Partnerschaft zwischen der EU und der Schweiz in der Forschung ist zu verstärken. Es ist zentral, dass sich die Schweiz an Initiativen der gemeinsamen Programmplanung der EU beteiligt, die sich mit wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Lebensmittelversorgung und dem gesunden Altern der Bürger befassen.

4. Europäische Zusammenarbeit im globalen Forschungswettbewerb – Zusammenarbeit Schweiz, Grossbritannien und EU

Im globalen Wettbewerb Europas mit Nordamerika und Asien spielen Wissenschaft und Innovation eine fundamentale Rolle. Europa braucht das beste Team, um in diesem Wettbewerb mithalten zu können. Das beste Team setzt sich aber nicht nur aus EU-Mitgliedstaaten zusammen. Die Schweiz und Grossbritannien gehören als starke Wissenschaftsnationen dazu.

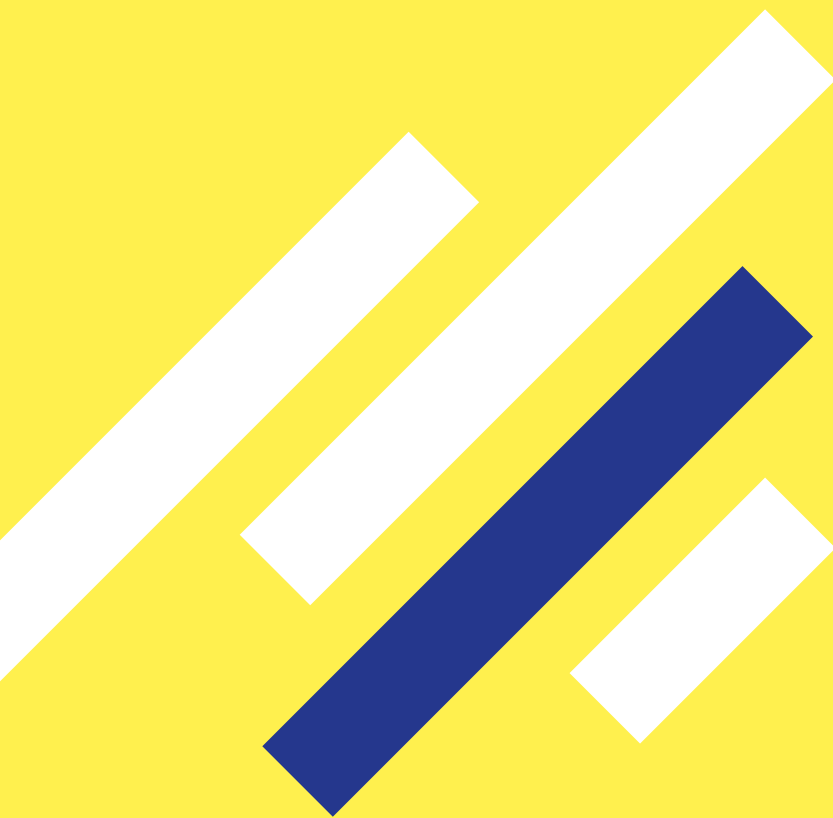
5. Auf eine Dezentralisierung von Gesundheitsdaten setzen

Die fortschreitende Digitalisierung des Gesundheitssystems bietet Chancen, aber auch Risiken, insbesondere beim Datenschutz. Ein besonderes Risiko stellt dabei die zentralisierte Speicherung der Daten dar. Eine solche Zentralisierung ist aber gar nicht immer notwendig. Dezentralisierte Ansätze können dieselben Ziele erfüllen, ohne dabei die Risiken einer Zentralisierung einzugehen. Die SwissCovid App hat gezeigt, wie das gehen kann.

6. Stärkere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik

Krisen gehören zur Realität. Wir sehen heute, dass alle zukünftigen Krisen eine sehr starke technologische und wissenschaftliche Komponente haben werden. Die Wissenschaft und Politik sollten deshalb stärker zusammenarbeiten. So können Verbindungen geschaffen und gepflegt werden, sodass das wissenschaftliche und technische Know-how der Schweiz bei Beginn einer Krise sofort aktiviert werden kann.

C.
POLITIK



1. Demokratie, Liberalismus und Meinungsfreiheit in Gefahr – dringend nötige Medienreform sowie Anpassung des Ordnungsrahmens

Wissenschaftlich, technologisch und wirtschaftlich machen wir global Fortschritte in einer Geschwindigkeit, die wir uns vor wenigen Jahrzehnten nicht haben vorstellen können. Gesellschaftlich droht jedoch ein gefährlicher Rückschritt. Demokratie, Liberalismus, Kapitalismus, Säkularität und Rechtsstaatlichkeit mit klarem Bekenntnis zu Grund- und Menschenrechten bilden in der Schweiz und in Europa die Basis unserer heutigen Zivilisations-, Gesellschafts- und sozialen Marktwirtschaftsordnung. Da die Macht in unserer Demokratie vom Volk ausgeübt wird, sind Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und faktenbasierte Information zur politischen Willensbildung die Grundpfeiler einer funktionierenden demokratischen Ordnung.

Die neusten Entwicklungen sollten uns gleichsam nachdenklich und achtsam machen. Die wichtigsten Grundlagen der Demokratie sind in unmittelbarer Gefahr: faktenbasierte und wissenschaftlich fundierte Informationen zur politischen Willensbildung, Meinungsfreiheit, Liberalismus sowie rechtsstaatliche Grundsätze wie die Unschuldsvermutung und unabhängige Gerichtbarkeit. Im heutigen digitalen Informationszeitalter nehmen soziale Medien eine immer grössere Bedeutung ein: Die Kommunikation, Information und Wissensvermittlung verlagern sich auf unregulierte Internetportale, die einen nicht recherchierten Wust von Fakten und Fake ins Netz setzen und zum Spielfeld von Populisten und aktivistischen Campaignern werden, und zwar zum Schaden von Menschen, Unternehmen und Gesellschaft.

In unserer bewährten Wirtschaftsordnung soll der Staat dort zum Tragen kommen, wo die freien Marktkräfte versagen. In einer digitalen Welt, wo eine immer grössere Bevölkerungsgruppe durch unser Staatsfernsehen nicht mehr erreicht wird und der freie Journalismus zunehmend wirtschaftlich bedrängt wird, benötigt es Reformen:

Die in der analogen Welt geltenden Gesetze sind dringend auf das Internet zu übertragen. Wer

öffentlich im Internet Kommentare absetzt, soll als Bürger erkennbar sein. Sofern die Aussagen sich im gesetzlichen Rahmen bewegen, gilt die Meinungsfreiheit. Wer durch Verleumdung, Nötigung oder Verbreitung von Hass oder Unwahrheiten Gesetze verletzt, muss verfolgt werden können – eine wichtige Grundbedingung für Zivilisation. Betreiber von Onlineplattformen müssen zudem die Verantwortung für den verbreiteten Inhalt und allenfalls die Haftung übernehmen – die Qualität öffentlich zugänglicher Informationen muss erhöht werden.

Hilfreich wären zudem geschlossene Diskussionsplattformen für den Meinungs austausch von sogenannten Experten, um zu verhindern, dass diese die Medien zu ihren Zwecken instrumentalisieren. Schliesslich muss die finanzielle Grundlage geschaffen werden, um die faktenbasierte Informationsfunktion der Medienlandschaft als vierte Macht und Schmiermittel einer funktionierenden Demokratie und Wirtschaftsordnung wiederherzustellen.

2. Kapitalisierung der Wirtschaftskraft

Sigmar Gabriel hat es neulich mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: «Die Schweiz ist heute politisch unwesentlich, nur noch wirtschaftlich bedeutend.» Wir verpassten es bisher, daraus Kapital zu schlagen. Singapur macht es vor, wie ein kleines Land dank seiner Finanzkraft einen enormen Einfluss ausübt. Mit seinem Staatsfonds tätigt es enorme internationale Investitionen und übt weltweit grossen politischen Einfluss aus – es ist kein Zufall, dass das World Economic Forum 2021 in Singapur hätte stattfinden sollen (bevor es vor kurzem wegen Corona auch dort abgesagt wurde). Singapur hat sich gegenüber der G-20 als Interessenvertreter der kleinen Länder positioniert und ist heute als Beobachter an den G-20-Treffen eingeladen. Die Schweiz wäre aufgrund ihrer historisch diplomatischen Positionierung dafür klar prädestiniert gewesen, hat dies aber verpasst und wird gerade noch sporadisch zum Finanzdialog der G-20 eingeladen.

Die Schweiz besitzt riesige Währungsreserven und eine grosse Wirtschaftskraft: Wir müssen

eine Strategie entwickeln, wie wir diese Ressourcen, ohne die Eigenständigkeit der Nationalbank zu gefährden, im Rahmen einer Finanzdiplomatie gezielt einsetzen können.

3. Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Rolle der Schweiz in Europa – effektiver Einsatz der Schweizer Neutralität im Zwist von Ost und West

Die Schweiz arbeitet heute in vielen Bereichen sehr eng mit den Nachbarstaaten zusammen. Dies betrifft den Handel, Import und Export, aber auch den Datenaustausch und die Zusammenarbeit in diversen Organisationen. In der Schweiz sind zudem viele internationale Organisationen ansässig, mit denen die Schweiz gute Kontakte pflegt und über die sie zum Teil sogar Friedensverhandlungen lanciert. Zentral ist hierbei die Schweizer Neutralität.

Die internationale Lage spitzt sich zu, und der Zwist zwischen Ost und West vertieft sich. Eine Gefährdung der Schweizer Neutralität wäre verheerend. Vorsicht geboten ist hier beispielsweise in der Bewerbung der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat.

Die Schweiz muss über die wahrscheinlichsten, aber auch gefährlichsten Lageentwicklungsmöglichkeiten langfristig und zukunftsorientiert weiterdenken, zum Beispiel über einen Zerfall der Allianzen und Bündnisse der Gegenwart. Machtpolitische Spannungsfelder, die auch Nachbarländer der Schweiz betreffen, dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Schweiz darf ihre Nachbarn nicht als Garant der eigenen Sicherheit betrachten. Bei Verhandlungen zwischen den Blöcken USA, Russland, China kann sich die Schweiz engagieren, entweder für die Organisation dieser Verhandlungen oder aber auch als Vermittlerin. Diese Rolle kann sie auch bei anderen Krisen immer wieder einnehmen. Die Schweiz muss sich als Sicherheitsstabilitätsfaktor mitten in Europa positionieren. Zusätzlich zu ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität muss sie in alle Bereiche der Sicherheit investieren,

um ihre Stärke zu konsolidieren. Als neutraler Staat muss die Schweiz sicherstellen können, dass sie ihre Position verteidigen kann; die Neutralität muss weiterhin bewaffnet bleiben.

4. Förderung starker weiblicher Führungspersönlichkeiten an europäischer Spitze

Europa braucht ein Team, das mehr als die Summe seiner Mitglieder ist. Es braucht weniger Ego-Mavericks. Es braucht mehr Führungspersönlichkeiten wie Angela Merkel (Deutschland), Erna Solberg (Norwegen) oder Sanna Marin (Finnland). Sie haben sich in der Corona-Krise unglaublich gut bewährt.

5. Gewährleistung der Terrorbekämpfung in der Schweiz durch Zusammenarbeit mit der Europäischen Union

Die Zusammenarbeit des Nachrichtendienstes des Bundes mit den Nachrichtendiensten anderer Länder ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Der Informationsaustausch muss gewährleistet sein. Der Cyberbereich ist nur ein Teil davon. Informationen über Desinformationen und Manipulationen, wie sie in diesem Bereich üblich sind, sind notwendig, damit die Cybersecurity gewährleistet werden kann respektive neue Angriffe möglichst schnell aufgedeckt werden. Im Rahmen der Terrorbekämpfung ist aber auch der Datenaustausch mit den anderen Staaten, zum Beispiel über das SIS (Schengen-Informationssystem), sehr wichtig. Dazu gehört aber, dass die Schweiz auch in Zukunft auf die bilateralen Verträge wie bspw. das Personenfreizügigkeitsabkommen zählen kann.

6. Leistung der zivilen und militärischen Friedensförderung in und mit Europa

Die Zusammenarbeit für die zivile Friedensförderung mit den europäischen Staaten ist für die Schweiz als neutrales Land sehr wichtig. Mit der zivilen Friedensförderung kann Hilfe vor Ort geleistet werden. Hier kann die Schweiz Projekte der EU unterstützen, aber auch solche selbst lancieren und dann zusammen mit der EU langfristig umsetzen. Wichtig für die Schweiz ist zudem die militärische Friedensförderung. Die KFOR-Mission im Kosovo bestätigt, dass die Schweiz bei den Staaten, die dort vor Ort ebenfalls in der Friedensförderung tätig sind, anerkannt ist. Auch bei den Kosovaren und den Serben, mit denen im Land zusammengearbeitet wird, hat die Schweiz als neutraler Staat eine grosse Akzeptanz. Als Nicht-Nato-Land hat die Schweiz bei Friedensförderung einen besonderen Stellenwert.

7. Zukunftsorientierung der Schweizer Sicherheitspolitik

Es ist zwingend nötig, immer wieder grundlegende Fragen zu aktuellen und künftigen Bedrohungen zu stellen. Sämtliche Bereiche der Sicherheit müssen sich laufend den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen anpassen und müssen proportional zur Sicherheitsentwicklung im Ausland bleiben.

8. Digitalisierung und Förderung einer nachhaltigen Lernkultur der Schweizer Armee

Digitalisierung und Innovation sind zentral für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit der Armee. Die Armee muss ihr Geschäftsmodell komplett neu denken. Bis in zehn Jahren kann nur eine digitalisierte Armee erfolgreich sein. Digitalisierung heisst nicht einfach die Automatisierung von bestehenden Prozessen, sondern in gewissen Bereichen Militär neu zu denken. Innovation braucht zudem eine Lernkultur. Die Militärverwaltung muss den Mut haben, in klei-

nen Schritten Neues zu versuchen. Dabei muss es auch möglich sein, Fehler zu machen, daraus zu lernen und zu korrigieren. Dazu gesteht man den Fehler ein, korrigiert einen möglichen Schaden und sorgt dafür, dass es in die richtige Richtung weitergeht.

9. Einsatz bewährter und sektorunabhängiger Instrumente statt populistischer Experimente

Nach «ausserordentlichen Massnahmen für ausserordentliche Zeiten» rufen Politiker aller Couleur, um verkappte Industriepolitik zugunsten ihrer Klientel zu rechtfertigen. Steuerabzüge für Touristeneinkäufe, reich dotierte Fonds für die «grüne» heimische Bauwirtschaft oder Gutscheine für das lokale Gewerbe – die Liste lässt sich beliebig verlängern. Solche populistischen Experimente mit unbekanntem Ausgang, die mit Schulden kommender Generationen finanziert werden, sollten vermieden werden. Der Staat sollte sich vielmehr auf bewährte, branchenunabhängige Instrumente verlassen und diese allenfalls aufstocken. Das schafft Sicherheit und Planbarkeit. Mittel für die Kurzarbeit, für Covid-19-Überbrückungskredite und ordentliche Budgets im Rahmen der Zyklen der Schuldenbremse sind deshalb sektor- und firmenspezifischen Subventionen vorzuziehen. Somit kann die Wirtschaft unterstützt werden, ohne den ständigen – und notwendigen – Strukturwandel künstlich zu verlangsamen.

10. Garantie sicherer Sozialwerke für alle Generationen

Die Finanzierung der AHV ist im Sorgenbarometer der jungen Generation nicht zu Unrecht auf Platz eins. Die Politik hat es verpasst, den Auswirkungen einer alternden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Der AHV fehlen bis ins Jahr 2045 über 190 Mrd. CHF, was 16-mal den Kosten der NEAT (Neue Eisenbahn-Alpentransversale) entspricht. Leider dominieren in der politischen Debatte kurzfristiges Denken und Schönfärberei. Nachhaltigkeit darf sich nicht nur auf die Um-

weltpolitik beschränken, zumal wir die Sozialpolitik ganzheitlich selbst in der Hand haben.

11. Flexibilität dank mehr Durchlässigkeit im Gesundheitssektor

Der Schweizer Gesundheitssektor hat bisher die Covid-19-Krise gut überstanden. Es gab zum Glück nicht zu wenig, sondern zu viel Gesundheitspersonal. Jedoch war die Verteilung nicht optimal. Während an manchen Orten bis zu 20'000 Ärzte und Pflegefachpersonen Kurzarbeit beantragen mussten, liefen Intensivstationen an ihren Kapazitätsgrenzen. Es braucht für allfällige künftige Pandemien mehr Durchlässigkeit zwischen den Abteilungen einzelner Institutionen, zum Beispiel durch gezielte Weiterbildungen in der Intensivmedizin sowie zwischen den Spitälern, zum Beispiel durch Ressourcenpools. Die Definition und das Einüben solcher Austauschprozesse wären effizienter und kostengünstiger als ein vorsorglicher, flächendeckender Ausbau von Betten und Personal.

12. Zurückhaltung bei der Aufnahme weiterer finanzschwacher Länder in die Europäische Union – Integration vor Expansion

Wirtschaftliches und damit soziales Gefälle sowie Heterogenität zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten kontinuierlich verkleinert werden. Daher ist Zurückhaltung gefordert bei der Aufnahme weiterer Länder aus der Peripherie in die Europäische Union.

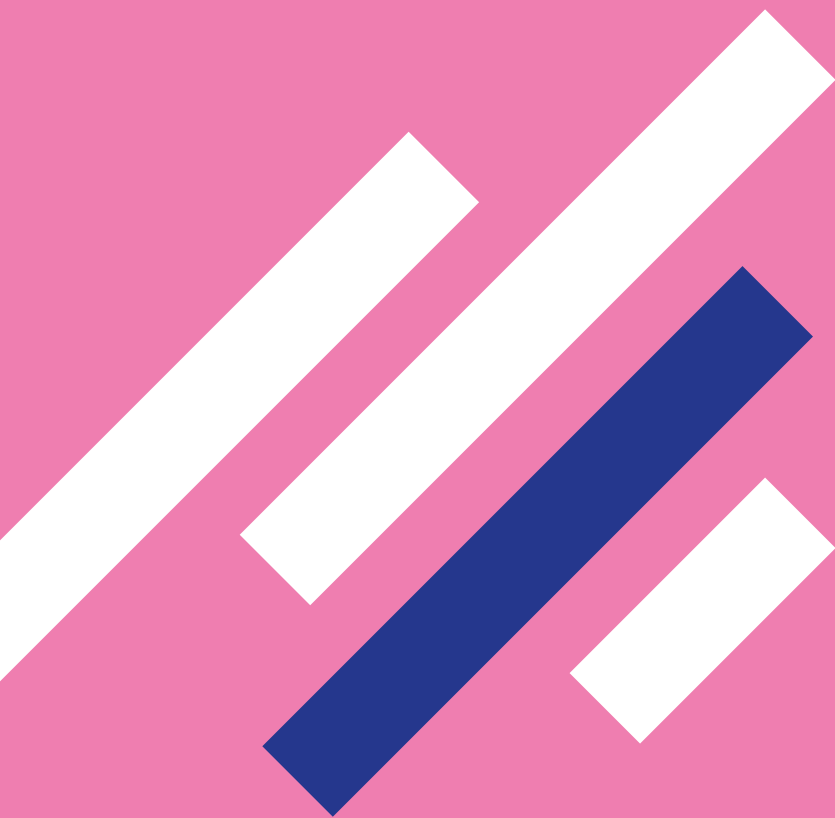
Finanzieller Ausgleich bringt für Nettozahler noch höhere Belastungen mit sich, insbesondere nach dem Brexit. Die entsprechenden Mittel fehlen in diesen starken Volkswirtschaften für weitere Investitionen in Innovation und digitalen Wandel. Kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Differenzen verstärken sich und schwächen die Kohäsion. Im südlichen Europa besteht zudem die Gefahr, dass die gut ausgebildete junge

Generation ihre Länder verlässt (Brain Drain). Das schwächt die dortige Wirtschaft weiter und verschärft das Gefälle zwischen Nord- und Südeuropa zusätzlich.

13. Stärkung von Föderalismus und Subsidiarität (à la Suisse) – Verschlankung des Verwaltungsapparats Brüssels

Der Verwaltungsapparat Brüssels ist zu verschlanken, denn zu starke Zentralisierung birgt die Gefahr von Ineffizienz. «Brüssel» könnte in den einzelnen Mitgliedsländern noch stärker zum emotionalen Feindbild werden, die Akzeptanz innerhalb der Mitgliedsländer weiter schwinden, und die Union könnte am Ende in ihrem Zusammenhalt gefährdet sein. Zurückhaltung gilt zudem bei Ideen wie der «Vereinigten Europäischen Armee» oder ähnlichen Initiativen.

D. GESELLSCHAFT



1. Vermittlung Bedeutung Europas in der Schweiz und in Europa – Förderung des intergenerationellen Dialogs

Die Stärke und die Sicherheit Europas beruhen wesentlich auf der Anerkennung Europas durch möglichst viele seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Diese Anerkennung verfestigt sich dann, wenn diese für sich und ihr Gemeinwesen Chancen erkennen und Hoffnung gewinnen, sobald sie an Europa denken.

Die europäischen Gesellschaften sind in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zunehmend polarisiert. Dieser Trend wird durch die aktuelle Gesundheitskrise verstärkt und führt zu schädlichen Konflikten. Europa fehlt ein soziales und politisches Klima der Zuversicht.

Benötigt werden ein besseres Verständnis in der Schweiz und in Europa dessen, was für Europa auf dem Spiel steht, sowie mehr Toleranz gegenüber den Ängsten und Bedürfnissen der Anderen. Der Dialog zwischen den Generationen in der Schweiz und in Europa ist zu fördern. Europa muss sich darum bemühen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass jede und jeder in Freiheit seine Ziele und Träume verfolgen kann. Dies wiederum kreiert ein soziales und politisches Klima der Zuversicht. So entfesselt sich eine Eigendynamik, die letztlich die geistige und materielle Prosperität aller steigert.

2. Stärkung des inneren Zusammenhalts

Es gilt zu verhindern, dass ein Grossteil der Bürger und der Arbeiterklasse die Wirtschaftsordnung als elitär, technokratisch und gegen die Mehrheit gerichtet empfindet. Einerseits gilt es, Europa international zukunfts- und wettbewerbsfähig zu machen, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Im Vordergrund steht hierbei die Investition in eine wettbewerbsfähige sozial-ökologische Marktwirtschaft und digitale Infrastruktur. Andererseits sind eine ungesunde Umverteilung von Vermögen und eine Entfremdung von Kapital- und Arbeitseinkommen mit

zunehmendem Druck auf den Mittelstand zu bekämpfen – dies erschüttert die europäische Urkultur der Égalité. Die Folge ist eine Desillusionierung, zunehmende Neidkultur und Zorn – Angry Society – eine Wut auf vermeintlich Verantwortliche und Bessergestellte.

3. Fokus auf multilaterale, tragfähige Lösungen für globale Herausforderungen – Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft

Die heutige Krise des internationalen und insbesondere des multilateralen Systems hat vor allem negative Auswirkungen für kleinere Staaten und führt in letzter Konsequenz zu rapide wachsenden Ausgaben für humanitäre Hilfe, wie die Budgets humanitärer Organisationen in den letzten Jahren gezeigt haben. Die Stärkung und Transformation des internationalen Systems ist von besonderer Bedeutung für die Schweiz und das IKRK. Die Schweiz und das IKRK können auch exemplarisch zeigen, wie die Zusammenarbeit unter stärkerer Berücksichtigung von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit Staaten bessere Wirkung erzielt und damit einen Beitrag zu einem multilateralen System leistet, das vermehrt die Fähigkeiten verschiedenster Gruppen zum Tragen bringt.

Die Schweiz und das IKRK haben ein Interesse an multilateralen, tragfähigen Lösungen für globale Herausforderungen, welche über die blosser Kooperation von Staaten hinausgehen und die Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft verstärkt an Entscheidungsprozessen und Lösungen beteiligen.

4. Ausbau des internationalen Rechtes und internationaler Regelwerke – Interpretation und Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts

Das humanitäre Völkerrecht ist historisch und praktisch eng mit der Schweiz und dem IKRK verbunden. Angesichts neuer Herausforderungen in der heutigen Zeit der Unsicherheit müssen die Schweiz und das IKRK ihre Anstrengungen darauf ausrichten, aktuelle Probleme von Konflikten und neuen technologischen Entwicklungen im Lichte des humanitären Völkerrechts aufzuarbeiten, zu diskutieren und den Staaten ambitionierte Interpretations- und Entwicklungsvorschläge zu unterbreiten. Dies betrifft etwa den Gebrauch von Waffen in dicht besiedelten Gebieten, die Ausweitung von Krieg und Konflikt in den virtuellen Raum und die zunehmend von Daten getriebene Realität humanitärer Aktivitäten.

Die Schweiz und das IKRK – als Depositar der Genfer Konventionen und Wächter über diese – haben ein besonderes Interesse am Ausbau des internationalen Rechtes und internationaler Regelwerke im humanitären Bereich. Das humanitäre Völkerrecht (HVR) ist ein zentraler Pfeiler dieser Anstrengungen. Der Zusammenarbeit bei Interpretation und Weiterentwicklung der HVR-Normen kommt daher eine herausragende Bedeutung zu. Thematisch sind insbesondere Fragen im Zusammenhang von HVR und digitaler Transformation entschlossen anzugehen.

5. Vertiefter Ausbau der bereits engen Beziehung zwischen der Schweiz und dem Internationalen Roten Kreuz

Das IKRK ist heute in praktisch allen bewaffneten Konflikten der Welt an vorderster Front involviert und erbringt – neutral, unabhängig und unparteilich – humanitäre Dienstleistungen für die Opfer von Krieg und Gewalt. Dabei ist es auch Zeuge wachsender Unsicherheiten für Staaten und Menschen: Es sieht in seinen Einsatzgebieten neue Waffensysteme und neue

technologische Entwicklungen der Kriegführung im Einsatz und ist mit grossen Herausforderungen konfrontiert, um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch Kriegführende zu fördern. Neue und zunehmend fragmentierte Akteure und Methoden der Kriegführung mit negativen Auswirkungen für Zivilbevölkerungen verstärken die verbreiteten Verunsicherungen.

Das IKRK kennt aus nächster Nähe die Bedürfnisse von betroffenen Menschen und Gemeinschaften und trägt mit seinen humanitären Aktionen dazu bei, auf diese zu antworten und damit ein Minimum von Würde und Stabilität zu sichern.

Als schweizerische Organisation und Schlüsselakteur des humanitären Sektors hat das IKRK traditionell enge Beziehungen zur Schweiz. Diese können heute in drei Bereichen ausgebaut werden. Diese sind auch geeignet, Unsicherheiten abzubauen.

6. Ganzheitliche Betrachtung des Wohlergehens der Gesellschaft im Krisenmanagement

Das Wohlergehen einer Gesellschaft besteht nicht nur aus der Gesundheit ihrer Mitglieder. Ebenso wichtig sind unter anderem eine gut funktionierende Wirtschaft, eine gesunde und menschenwürdige Kultur, eine nachhaltig gestaltete Umwelt, eine ausgewogene Freizeitgestaltung, zwischenmenschliche Kontaktmöglichkeiten und eine adäquate Erziehung und Ausbildung der nachkommenden Generationen. Auch bei einer sehr grossen gesundheitlichen Bedrohung der Bevölkerung müssen die Bekämpfungsmassnahmen alle anderen Aspekte des gesellschaftlichen Wohlergehens ausgewogen mitberücksichtigen.

7. Effektive Umsetzung von staatlichen Massnahmen in Krisensituationen – Prüfung der Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung

Die Übertragung von Infektionen erfolgt durch zwischenmenschliche Kontakte. Deshalb ist das soziale Verhalten einer der wichtigsten Treiber für die Entwicklung von Epidemien. Dieses lässt sich, insbesondere in einer Krisensituation, nur beeinflussen, wenn die Menschen alle getroffenen Massnahmen der Behörden akzeptieren und nachvollziehen können. Deshalb sollten alle behördlichen Massnahmen immer auch im Hinblick auf ihre Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit durch die Bevölkerung geprüft werden. Nur wenn die Bevölkerung alle Anordnungen der Behörden unterstützt, kann eine Epidemie nachhaltig bewältigt werden.

E.
GENERATION
ZUKUNFT



1. Bewusstsein der Bedeutung von Cyberangriffen und verstärkte Massnahmen zu deren Vorbeugung – verstärkte europäische Zusammenarbeit

Die Digitalisierung erhöht die Effizienz, und Prozesse lassen sich kosteneffizient mit neuen Technologien laufend und adäquat weiterentwickeln. Die heutige Generation ist mit dem Internet und seinen schier unbegrenzten Möglichkeiten aufgewachsen. Dies bringt jedoch auch Risiken mit sich. Cyberangriffe auf Unternehmen und kritische Infrastrukturen werden in den nächsten Jahren exponentiell zunehmen, da immer mehr Endgeräte wie beispielsweise Autos, Flugzeuge oder Satelliten im Weltraum mit dem Internet verknüpft werden. So werden laut einer Schätzung der Europäischen Zentralbank Unternehmen im Jahr 2021 im Durchschnitt alle 11 Sekunden angegriffen. Experten schätzen den Schaden, den kriminelle Hacker bis Ende des laufenden Jahres weltweit anrichten werden, auf mehrere Milliarden US-Dollar – Tendenz steigend. «Hacker sind wie Künstler, sie machen, was sie wollen», beschrieb Wladimir Putin die Situation an einer Medienkonferenz im Jahr 2017. Cyberkriminalität ist und bleibt der lukrativste Sektor der Kriminalität. Professionelle Hacker erleben aktuell Hochkonjunktur.

Es braucht deshalb neue Erkenntnisse und Technologien wie beispielsweise die Blockchain, um auch digital Vertrauen zu sichern. Der Schutz der eigenen IT-Infrastruktur ist zentral. Entscheidungsträger sollten entsprechend adäquate Massnahmen ergreifen und ihre Gesamtorganisation und ICT-Infrastrukturen regelmässigen Assessments, Security Audits oder technischen IT-Sicherheitsüberprüfungen durch externe Partner unterziehen lassen, um gegenüber gezielten Hacker-Attacken resilienter zu werden. Auch der Schutz der Bevölkerung und insbesondere zukünftiger Generationen in Bezug auf die sichere Ausübung ihrer Rechte im Cyberraum ist zentral. Die Schweiz und Europa müssen in diesem Bereich konzertiert vorgehen und diesen als eine strategische Schlüsselfrage betrachten.

2. Integration der jungen Generation in die Lösungs- und Entscheidungsfindung zur Überwindung der Covid-19-Krise in der Schweiz und in Europa

Die Gesundheitskrise beschleunigt den gesellschaftlichen Wandel und wird besonders für die jüngere Generation wichtige langfristige Folgen haben. Doch die jüngere Generation ist nicht in die Entscheidungsprozesse integriert, die sie in erster Linie betreffen. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse und Wünsche dieser Bevölkerungsgruppe von den schweizerischen und europäischen Institutionen berücksichtigt werden. Nur so ist der Weg aus der Krise ein gemeinsames Konstrukt und die Nachhaltigkeit des Gesellschaftsvertrags zwischen den Staaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet.

3. Vermittlung von Leadership-Kompetenzen an die zukünftige Generation

Wir befähigen die Leader von morgen. Leadership bedeutet Vorbild, Vision, Verständnis, Vertrauen und Verantwortung. Insbesondere heisst Führung aber auch, unter Zeitdruck systematisch zu arbeiten, schwierige Entscheide zu fällen und Resultate einzufordern.

4. Weitergabe von Bewusstsein für nachhaltigen Umgang mit der Umwelt an zukünftige Generationen und Förderung von nachhaltigen Technologien

Gerade heutzutage, in der Zeit der Umbrüche, ist es unsere Pflicht als Erwachsene, unsere persönlichen Wertvorstellungen und damit auch den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt an unsere Kinder und Kindeskinde weiterzugeben. Denn sie sind die Einzigen, die sich eines Tages, wenn wir schon lange nicht mehr sind, an all das hier zurückerinnern, um es weiterzugeben. Dies sollte

ein Teil des Sinns des Lebens eines jeden Menschen sein. Gleichzeitig sind Technologien, die dem Schutz der Umwelt und der Nachhaltigkeit dienen, zu fördern. Letztlich ist es unsere Verpflichtung als Menschen und als Gesellschaft, denen, die nach uns kommen, einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen.

5. Suche von Lösungsansätzen für die Klimakrise – Vergebung, Auflösung von Konflikten und sozialer Zusammenhalt

Wir müssen zusammenhalten. Es ist paradox, dass wir Menschen alle auf demselben Planeten leben, dieselbe Luft atmen, dieselben Instinkte haben und uns gegenseitig doch so fremd sind. Wir haben jahrelang Zeit damit verschwendet, uns zu bekämpfen. Dabei ist uns einiges entgangen. Wir können das Klimaproblem nicht lösen, wenn wir noch immer einen Zwist gegeneinander hegen. Wir müssen uns verzeihen und gemeinsam handeln. Denn nur gemeinsam ist es möglich, unseren Kindern einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Dies soll jedoch nicht heissen, dass man als Einzelperson aufgeben muss, ganz im Gegenteil. Es braucht Menschen, die aufstehen und den Stein ins Rollen bringen!

6. Sichere Arbeitsplätze von morgen – Förderung von Start-ups in der Schweiz

Start-ups tüfteln heute an Lösungen für die grossen Herausforderungen der Zukunft. Sie haben nach fünf Jahren mehr Angestellte als eine durchschnittliche Schweizer Firma. Es gibt viele weitere Gründe, weshalb die Gesellschaft – und somit auch die Politik – ein grosses Interesse daran hat, dass die Rahmenbedingungen zur Gründung, Expansion, Finanzierung und zum Verkauf eines Start-ups nachhaltig verbessert werden. Tun wir dies nicht, werden die Arbeitsplätze von morgen woanders geschaffen.

IMPRESSUM

EUROPA FORUM LUZERN

Spinnereistrasse 5
6020 Emmenbrücke

T +41 41 260 85 34
impulse@europaforum.ch
europaforum.ch

Konzept

Europa Forum Luzern
Marcel Stalder, Präsident
Executive Committee

Inhalt

Impulsgeberinnen und Impuls-
geber 2020 sowie Mitglieder des
Steering Committee und Executive
Committee Europa Forum Luzern

Publikation

1. Ausgabe, 18. Mai 2021

Gestaltung und Umsetzung

Blatthirsch GmbH, Altdorf UR

Druck

Multi Reflex AG, Luzern

© Europa Forum Luzern

ANNUAL MEETING

Das Annual Meeting im KKL Luzern zieht pro Anlass rund 1'000 Teilnehmende an. Es ist die führende Veranstaltung dieser Art in der Schweiz. Wir setzen Impulse und ermöglichen den konstruktiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unter Einbezug der Generation Zukunft.

Edition 2021

24. und 25. November 2021 im KKL Luzern zum Thema «Europa und die Schweiz im Banne Chinas». Spannende Persönlichkeiten, informativen Inhalt und inspirierende Highlights erleben Sie auch digital auf europaforum.ch/insights.

Link zur Webseite des Europa Forum Luzern:



HERZLICHEN DANK

/ PLATINPARTNER



/ GOLDPARTNER



/ MEDIENPARTNER

BILANZ **Handelszeitung** **LE TEMPS** **Die Volkswirtschaft**

